

Kampffstraße.
bei Wöhler.
uf (Altersriege)
reichheit" 8 1/2 Uhr
bei Krämer.
Schillerstr. 75.
Eiche" 8 Uhr bei
9 Uhr bei W.
9 Uhr.
Einigkeit" 9 Uhr
Uhr bei Winkel.
wärts" 8 1/2 Uhr
Uhr bei Nibel.
1/2 Uhr bei Wiri
1/2 Uhr im "Zi.
bei Steinfiel.
frei" 8 1/2 Uhr
Uhr.
9 Uhr bei Bau.
Nächte, weil sie
groben Klumpen
verursacht werden.
"Rufete" zur
Die Gärungen
ruhigen Schlaf
2797
bor
ische Vollendung.
nnte Haltbarkeit.
Es Acusere sind
ke vereinigt.
enburg a. H.
2374
ackwede.
rchester.
den 20. Mai
, nachm. 4 Uhr:
s Konzert
Abonnement) 2312
hanniberg.
in haben hierzu Gültig-
Rasse 50 Pfennig.
2317
rnerschaft
efeld.
elfahrtstage:
flug.
erfolgt um 5,45
aus, die Abteilungen
werden, daß die Be-
er gute wird.
Vorstand.
in vor-
liegender
Nummer
wollen
und Leser der "Volls-
! * * * * *
rräder,
ubehörteile, als Lauf-
säule, Lenkungen,
u. u. m., zu billigen
Preisen der Räder-
fabrik-Industrie G.
aufträge: Friedrich
1982
iche Stellung
ehr gewandter Mann
Landwirtschaft zwecks
Geldern und Verkauf
geführten Haushalts-
Kantion erforderlich.
R. A. 736 postl.
[2795]
2706
2 Kindern für nach-
gegeben gesucht. Zip-
straße 13, II. links.
erinnen
Schürzen außer dem
S. Weimble, Brad-
[2816]
uche
2803
en. S. Witting,
7 (Siefer).
hnung,
ne mit Gartenland,
umfänglichster 1. Juli
ermieten. Detmolder-
II. [2818]
hnung, 2813
ndehalter zum 1. Juli
Geopstraße 118.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Versandgeb. **Einzelnummer 10 Pfg.**
Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.
 Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einpaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.
Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Inserate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.
Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.
Nr. 115. Bielefeld, Mittwoch, 19. Mai 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zur Lage.

Bülow beim Kaiser.
Bülow ist jetzt in Wiesbaden bei Wilhelm II. gewesen und hat ihm Vortrag gehalten. Weiter ist dadurch die Sache allerdings nicht gekommen. Wie aus Gesprächen, die Bülow mit Müller-Meinungen, Bachme, Wiener u. Wasserbach gehabt hat, durchgesehen ist, wollte der Reichskanzler seinem kaiserlichen Herrn erzählen, daß er hofft, die Finanzreform noch im Sommer machen zu können. Ueber die Unterredung selbst ist bisher nichts in die Öffentlichkeit gekommen. Bis zum Wiederauftreten des Reichstags wird wohl Waffentillstand herrschen. Daß die Zeit zum eifrigen Verhandeln benutzt werden wird, ist ja wohl selbstverständlich.

Zur Reichsfinanzreform
liegen wieder einige nicht ganz belanglose Behauptungen vor. In der „Niederrheinischen Zeitung“ meldet ein offizielles Berliner Telegramm, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, zunächst eine Einigung über die indirekten Steuern im Betrage von 400 Millionen Mark herzustellen, um alsdann an die Belastung des Vermögens heranzugehen. Seitens der Regierung stehen dem Verlangen der Liberalen, die indirekten Steuern nur unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß nachher auch die von ihnen gewünschte Besteuerung des Vermögens gesichert ist, keine Bedenken entgegen. In dieser Beziehung wird eine Formel gesucht, vielleicht die, daß man Bestimmungen in die Gesetze über die indirekten Steuern hineinbringt, die deren Gültigkeit von der nachträglichen Annahme der Vermögensreform abhängig macht. Gegenwärtig will die Regierung auf die Kommissionsberatungen nicht einwirken, weil sie nicht voreilig handeln und später den Reichstag hören will.

Bezüglich der indirekten Steuern müssen die Liberalen, so meint man in Regierungskreisen, mehr Gebulde als bisher zeigen; alsdann würden die Konserverativen vor die Frage gestellt werden, ob sie und zwar sie allein die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß wegen ihrer eigenbrödelischen Reigungen die ganze Finanzreform in Frage gestellt werde. Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt Stellung zu der Behauptung, die der Reichskanzler mit den Führern der Blockparteien gehabt hat und sagt dazu:

„Es wird berichtet, daß er und die verbündeten Regierungen an dem bisherigen Programm, also daran festhalten, daß 100 Millionen durch direkte Steuern aufgebracht werden sollen. Dieses Programm ist aber ohne die Linke nicht durchführbar. Es ist von Anfang an auf die Mitwirkung der Linken abgesehen worden. Darin liegt die politische Bedeutung und dementsprechend ergibt sich, daß Bülow diese Finanzreform nicht ohne gegen die Linke machen will. Daß deshalb die Mitwirkung anderer, außerhalb des Blocks stehender Parteien, also des Zentrums, ausgeschlossen sei, ist damit nicht gesagt. Die Mitwirkung des Zentrums ist erwünscht und willkommen bei der Durchführung dieses Steuerprogramms.“

Über eine Finanzreform, die gegen dieses Programm, also ohne eine gleichzeitige Besteuerung des Vermögens, erfolgen würde, die kann nach allem, was vorausgegangen ist und will auch — wie sich aus den Unterredungen der letzten Tage ergeben hat — für Bülow sich von einer anderen Mehrheit, deren Hauptbestandteil das Zentrum wäre, nicht aufzwingen lassen.

Sollte es sich herausstellen, daß er keine Mehrheit findet, so würde er — darüber bestehen jetzt keine Zweifel mehr — die daraus für seine Person sich ergebenden Konsequenzen ziehen.“

Zum Schluss gibt das Blatt den Mitgliedern der Finanzkommission den Rat, nicht erst auf die Ergebnisse zu warten, sondern auch ohne diese ruhig weiter zu beraten. Die Behauptung, die am Sonnabend zwischen den Führern der National Liberalen, der Freikämmlinge und der Reichspartei stattgefunden hat, soll — wie jetzt parteiunabhängig mitgeteilt wird — der Frage gegolten haben, ob diese Parteien sich über ein gemeinsames Vorgehen hinsichtlich der Erbschaftsteuer einigen könnten und eventuell, welche Anträge zur zweiten Lesung der Erbschaftsteuer in der Finanzkommission zu stellen wären.

Konservervative Steuerfiskaler.
Die Regierung hat auf den konserverativen Antrag, der eine Besteuerung der Wertpapiere und der Immobilien verlangte, zur Antwort gegeben, daß außerordentlich langwierige Vorarbeiten nötig seien, um, wenn überhaupt möglich, einen solchen Gegenentwurf fertigzustellen. Die Konserverativen haben nun bewiesen, daß man ein solches Gesetz ungeheuer rasch machen kann; sie haben der Finanzkommission einen Gegenentwurf unterbreitet, durch den zunächst die zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere betroffen werden sollen. Der Steuerfuß steigt hier von 1 bis zu 5 % des Betrages, auf den sie lauten. Vom höchsten Steuerfuß (5 %) werden die Anteile von bergrechtlichen Gewerkschaften oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kuponscheine, Bezugsscheine, Abrechnungsscheine) betroffen. Wieviel diese Steuer bringen soll, ist in dem Entwurf nicht gesagt. Man hat sich auch gar nicht die Mühe gegeben, dem Entwurf eine Begründung beizufügen. — Der zweite Teil des Entwurfs betrifft die Erhebung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer. Wer das Eigentum eines im Deutschen Reich gelegenen, bebauten oder unbebauten Grundstücks auf Grund einer Veräußerung oder im Zwangsversteigerungsverfahren erwirbt, hat eine Umsatzsteuer von 1/2 % des Wertes des erworbenen Grundstücks zur Reichskasse zu entrichten. Der Eigentumsübergang im Enteignungsverfahren gilt als Veräußerung. Ein unmittelbar auf Erbschaft beruhender Eigentumswechsel gilt nicht als Veräußerung. Die Besteuerung des Wertzuwachses steigt von 10 % bei einer Wertsteigerung von weniger als 10 %, auf 25 % bei einer Wertsteigerung von mehr als 150 %. Diese Wertsteigerung wird u. a. nicht erhoben bei Zusammenlegungen, bei dem freiwilligen Austausch von Grundstücken, soweit nicht eine bare Herauszahlung von mehr als 500 M. an einen der Kontrahenten erfolgt; bei Identischen Veränderungen zwischen Verwandten aufsteigender Linie und Verwandten absteigender Linie, sowie zwischen Ehegatten. Auf diese Weise würde der agrarische Familienbesitz von der Wertzuwachssteuer überhaupt nicht getroffen werden können. — Schatzsekretär Sydow hat bereits erklärt, daß er Sachverständige über diese Steuerart vernommen habe und daß demnach der Finanzkommission eine Denkschrift ausgehen wird, in der alle jene Momente zusammengestellt sind,

die gegen eine solche Steuer sprechen. Der Schatzsekretär erklärte weiter, daß er der Beratung der konserverativen Gesetzesentwürfe zwar aufmerksam folgen werde, daß er aber durchaus nicht in der Lage sei, irgend welche Zusicherungen zu geben.

Die deutschen Gewerkschafts-Kartelle im Jahre 1908.

I.
Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle als eine der wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie nützliches Glied. Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so sind ihnen doch Aufgaben gestellt, deren Erfüllung wesentlich zur äußeren Ausdehnung und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beitragen muß.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahr eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Uebergang nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 15 gestrichen werden mußten.

Von den 623 Kartellen beteiligten sich 606 = 97,27 Prozent an der Berichtstätung. Die Zahl der berichtenden Kartelle im Jahre 1907 betrug 558 = 95,06 Prozent. Von allen früheren Berichtsjahren weist das Jahr 1908 die höchste prozentuale Beteiligungssziffer auf.

Den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angegeschlossen 8437 Gewerkschaften mit 1560 896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1555 101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1 590 063 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederstand der angeschlossenen Zweigvereine um 34 962 verringert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungssziffer an der Statistik stehende Verminderung der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schwere auf der Arbeiterklasse lastet, diese zu einem hohen Maß unerschütterlicher Arbeitslosigkeit verdammt und damit für das wertvollste Volk zu einer Quelle vermehrter Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädlichen Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben. Bei alledem muß jedoch anerkannt werden, daß die Gewerkschaften sich der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erweisen, als es bei früheren gleichen Perioden der Fall war. Diese größere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswezens in den Gewerkschaften zuzuschreiben, sondern muß in noch weit höherem Maße auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden.

Die Entwicklung der Kartelle seit dem Jahre 1901, nach ihrer Zahl und dem ihnen angeschlossenen Organisationsstand und Mitgliedern, wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Jahr	Berichtet ist von		Zahl der		Zusammenfassung	
	Kartellen	Prozent aller Kartelle	angeschlossene Gewerkschaften	Mitglieder	in Kartellen	angeschlossene Gewerkschaften
1901	319	90,00	3995	481 718	328	58
1902	365	93,00	4742	614 722	339	36
1903	387	93,50	5207	758 723	312	30
1904	405	95,50	5559	924 026	348	25
1905	465	96,90	6495	1 180 940	363	18
1906	526	95,10	7390	1 500 206	400	13
1907	558	95,06	7777	1 590 063	396	12
1908	606	97,27	8438	1 560 896	394	—

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehörten im Jahre 1908 den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossenen waren. Darunter sind noch mitgezählt: 8 Vereine der Dienstboten und Hausangestellten mit 4442 Mitgliedern und 4 Zweigvereine des Verbandes der Floristerei mit 240 Mitgliedern. Diese Organisationen haben sich nunmehr der Generalkommission angeschlossen. Die Vereine der Dienstboten und Hausangestellten sind seit dem 1. April d. J. zu einem Zentralverband vereinigt.

Die noch bis zum Jahre 1907 den Kartellen angeschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen sind aus der vorliegenden Statistik vollständig verschwunden. Soweit nicht nach den Beschlüssen der Parteitage von Mannheim und Nürnberg der Uebertritt dieser Organisationen zu den zuständigen Zentralverbänden geschehen ist, sind die verbliebenen Reste teils freiwillig aus den Kartellen ausgeschieden, teils von diesen ausgeschlossen worden. Die Reichsdeutscher Lokalorganisierten Arbeiter sind zu den zuständigen Zentralverbänden der Metall- und Holzarbeiter übergetreten. Anlässlich der mit dem Metallarbeiterverband stattgefundenen Differenzen ist auch der Solinger Lokalverband der Stahlwarenarbeiter aus dem dortigen Kartell ausgeschieden.

Die Kartelle, denen bis 15 Organisationen angeschlossenen sind, haben sich von 382 auf 419 vermehrt. Eine weitere Vermehrung der Kartelle von 59 auf 71 ist dann noch eingetreten bei der Gruppe, welcher 21—30 Organisationen angehören. Berechnet nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder, ist die erhebliche Vermehrung bei den Kartellen eingetreten, die bis 1000 Mitglieder zählen. Ihre Zahl erhöhte sich von 380 auf 384. Aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen geht hervor, daß der größte

Anteil an der Vermehrung der Kartelle auf die kleineren entfällt. Bei dem noch vorhandenen Melirierungsgebiet der Kartelle kann es sich in der Hauptsache auch nur um kleinere Orte handeln, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit erst erschlossen werden müssen. Die übrigen seit dem Jahre 1907 eingetretenen Veränderungen in der Zahl der Kartelle nach deren Größenverhältnissen sind nicht von Belang.

Von den Kartellen, die 1907 über 25 000 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 25 000 Mitglieder angeschlossenen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Berlin 11 263, Frankfurt a. M. 4336, Hamburg 2559, Leipzig 748 und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25 107 Mitgliedern.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Kriegsminister v. Einem Hart. Der Kriegsminister hat einen Erlaß hinausgegeben, der zu einer Einschränkung der Offiziers-Dienstreisen auf das allernotwendigste Maß anordnet. Insbesondere sollen die Offiziere, wenn es nicht unbedingt notwendig ist, den Aufenthalt in fremden Garnisonen nicht über das notwendige Maß hinaus überdehnen, weil sich gerade an den Tagegebern weitestgehende Ersparnisse erzielen lassen.

Aus dem Reichstag.

Die Finanzkommission wählte in ihrer Sitzung vom Dienstag zunächst den konserverativen Abgeordneten Reichherrn von Reichshausen-Lahmstedt zum Vorsitzenden.

Die Abstimmung über die Tabaksteuer ergab mit 13 gegen 12 Stimmen die Annahme der Wertbesteuerung, die Vonderoie war damit gefallen. Dieses Resultat war nur möglich, weil der Abg. Dr. Wiemer (freil.) sich der Stimme enthielt, sonst wäre die Wertsteuer mit gleichen Stimmen abgelehnt worden. Die Unterredung der Freikämmlinge mit dem Reichskanzler fängt bereits an, Früchte zu zeitigen. Vor Eintritt in die Beratung der neuen Fahrartensteuer entspann sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Die Regierung hatte eine Denkschrift ausgearbeitet, die einen richtigen Gegenentwurf darstellte und ein Tabellenwerk enthielt, das den Ertrag der Fahrartensteuer zeigte bei einer Belastung der Fahrarten mit 3, 3 1/2, 4 und 5 Prozent des Preises. Karten im Werte von unter 1 M., desgleichen Schülerkarten, sollten frei bleiben. Die Steuer sollte auf alle vier Wagenklassen ausgedehnt werden. Abg. Sydow wies wiederholt darauf hin, daß diese Art der Verhandlung verfassungswidrig sei. Die Vorlage müsse erst in das Plenum gebracht werden. Die Abg. Dr. Spahn (Ztr.), Rommelen (freil.), Sped (Ztr.), Dr. Wiemer (freil.) erkannten diese Bedenken mehr oder weniger an. Schließlich meldet sich niemand zu der Vorlage zum Wort, was den Abg. Dietrich (son.) zu dem Vorschlag veranlaßte, die Kommission wolle Obstruktion treiben. Diesem, von einem Erbschaftsteuer-Obstruktionisten erhobenen Vorschlag trat Abg. Gever (Ztr.) entgegen. Endlich hilft Abg. Baaghe aus der Verlegenheit, indem er das Wort zur Sache ergreift. Im wesentlichen wünscht er die Steuerfreiheit für die vierte Klasse. Die National Liberalen halten an der bisherigen Fahrartensteuer fest. — Abg. v. Camp tritt für die neuen Vor schläge ein, ihm sind bloß die Fahrpreise in erster Klasse zu hoch. Er ist für eine Steuer von fünf Prozent in erster und zweiter, 4 Prozent in dritter und 3 Prozent in vierter Klasse.

Abg. Sydow trat der Auffassung eines Regierungsvertreter entgegen, der den Entwurf als vorteilhaft bezeichnet hatte. Wenn der Betrag der Steuer für die vierte Klasse aus minimal erscheint, so darf nicht vergessen werden, daß der Arbeiter heute mit jedem Pfennig rechnen muß. Die jetzige Fahrartensteuer hat die Finanzen der Einzelstaaten zerrüttet. Noch vor drei Jahren hat die Regierung den prozentualen Fahrartenstempel als ungerecht und unzulässig bezeichnet. Jetzt plötzlich sind diese Bedenken überwunden. Man müßte das Reizen verbilligen und statt der vier Klassen deren zwei einführen. Man hebe die Fahrartensteuer auf und schaffe Ertrag durch Steuer auf den Besitz. Abg. Wiemer (freil.), Abg. Naab (Ant.) und ein polnischer Abgeordneter sind Gegner der Fahrartensteuer.

Staatssekretär Sydow meinte, daß er in einer künftigen Lage sei. Wenn er die Gewißheit hätte, daß die Steuer im Reichstage eine Mehrheit fände, dann hätte er dem Plenum einen Entwurf unterbreitet.

Abg. Sydow hob hervor, daß man volles Verständnis für die künftige Lage des Staatssekretärs haben müsse. Mit derart verkehrfeindlichen Steuern komme er aber aus seiner künftigen Lage nicht heraus. In Oesterreich bezahlt man für eine Strecke von 500 Kilometern in dritter Klasse Personenzug weniger als in Deutschland in vierter Klasse. Auf Kosten der ärmeren Bevölkerung sollen den Reichen erster Klasse Vorteile zuwendet werden. Was meinen die Vertreter der Einzelstaaten, deren Finanzen darunter schwer gelitten haben, zu der Beibehaltung der Fahrartensteuer? Die Sozialdemokraten werden gegen jede Fahrartensteuer als unsozial und verkehrfeindlich stimmen. — Staatssekretär Sydow und ein Geheimrat traten Sydow entgegen. — Der konservervative Abg. Dietrich bemerkt, daß die Konserverativen stets Gegner der Fahrartensteuer waren. Für das Zentrum erklärten die Abg. Gröber und Spahn, daß ihnen die neuen Vorschläge der Regierung sehr sympatisch seien. Spahn ermunterte den Schatzsekretär, im Reichstage einen solchen Entwurf einzubringen. — Schatzsekretär Sydow faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß er zunächst abwarten wolle, ob ein Initiativantrag aus der Mitte der Kommission komme. Er sei nicht überzeugt davon, daß sich im Reichstage eine Mehrheit für eine Besteuerung der vierten Klasse findet. — Die weitere Debatte bot kein Interesse; ein Beschluß konnte, weil es sich nur um eine informatorische Aussprache handelte, nicht gefaßt werden.

Die nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, 19. Mai, mit der Tagesordnung: Erbschaftsteuer.

Rußland.

R. K. Zum Prozeß Popuchin-Alew. Man schreibt uns aus Petersburg vom 12. Mai:

Der allgemeine Neberrückgang werden die Gerichtsverhandlungen über die Affäre Lopuchin vor offenen Türen geführt. Dies geschieht wohl in der Erwägung, daß bei einiger Geschicklichkeit des Vorstehenden in einer öffentlichen Sitzung weit mehr verheimlicht werden kann, als es in verschiedenen geheimen Prozessen der letzten Zeit der Fall war. Sicherlich ist der Gerichtsverhandlung wie viele seiner Kollegen angewiesen worden, alle unangenehmen Erörterungen zu unterdrücken. Im übrigen laufen die Verhandlungen in erster Reihe darauf hinaus, die Persönlichkeit Agens als eine seit 1892 der Genbarmerie treu ergebene zu rehabilitieren und alle Nachweise seiner provokatorischen Tätigkeit auszuschalten, um so gewissermaßen die Berechtigung dieser Spionagegesetze zu dokumentieren. In der Beleuchtung der Anklageakte und der Zeugnisaussagen erscheint Agens beinahe als Gelande der russischen Regierung bei der sozialrevolutionären Organisation, der wie andere Geisandte über die Politik der feindlichen Partei rapportiert. Daß er, um ein unbegrenztes Vertrauen zu genießen, gründliche Beweise seiner Aktivität an den Tag legen und selber terroristische Akte zustande bringen mußte, dies verschweigt das Agens verherrlichende Dokument wohlweislich.

Bei dieser Gelegenheit erzählt man aber in aller Vollständigkeit die Verdienste dieses größten Agentenprovokateurs und staunt über die grenzenlose Vertrauensseligkeit der sozialrevolutionären Führer. Seit seiner Studentenzeit in Karlsruhe hat er, wie das offizielle Schriftstück bekundet, mit kurzen Unterbrechungen der Polizei gedient. Er verstand es, sich in das Vertrauen der Terroristenführer Gerschunin und Goh einzuschleichen und so wohl von ihnen als von anderen Kampfgemeinschaften viele Tatsachen zu erfahren, die zur Vermeidung terroristischer Akte führten. Indes trugen seine Mitteilungen bis zum Jahre 1904 mehr einen zufälligen, bruchstückhaften Charakter. Erst im Jahre 1904 habe Agens „seinen revolutionären Höhepunkt“ erreicht, so daß er auf der Barrierekonferenz der revolutionären und oppositionellen Organisationen gemeinsam mit dem bekannten Tschernom die Sozialrevolutionäre vertrat. Seitdem er im Jahre 1906 Mitglied des Zentralkomitees und der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei geworden sei, werden die von ihm geleiteten Mitteilungen so regelmäßig und so vollständig, daß nicht ein einziger Anschlag der Terroristen zu gelingen vermag, da sie alle nach Agens Angaben von der Polizei rechtzeitig unterdrückt werden.

Von Agens Verdiensten in den letzten acht Jahren werden folgende aufgezählt: Im Jahre 1901 wurde dank ihm die große, von Arganow geleitete Geheimdruckerei, welche das Zentralorgan „Revoluzionnaja Rossija“ herausgab, in Lomsk entdeckt. Die Beschlagnahme der Druckerei und die Verhaftung der beteiligten Personen bedeuteten einen solchen Schlag für die Sozialrevolutionäre, daß einige ihrer Führer nach dem Ausland emigrierten und dort die Herausgabe des Organs fortsetzten. Im demselben Jahre lenkte Agens die Aufmerksamkeit der Geheimpolizei auf die hervorragende Tätigkeit von Gerschunin und Goh. 1902 verriet er die Gruppe, die den Anschlag auf den Minister Sipjagin ausübte, und bewies, daß Gerschunin der Organisator des Anlasses gewesen und zu Mitbürgern Melnikow und Kraft geholt habe; von diesen konnte dann Melnikow verhaftet werden. Später verriet er eine andere Mitarbeiterin Gerschunins, die Feldscherin Kompanjowa, und machte auf die in Petersburg entstandene militärische Kampfororganisation aufmerksam, die sich die Ermordung hochstehender Persönlichkeiten, in erster Reihe des Generalprokurators Bobjedonow, zur Aufgabe gestellt hatte. Laut seinen Angaben wurden nacheinander die Offiziere der Artillerieakademie Grigorjew und Radarow verhaftet, von denen der erstere eingekerkert, gemäß dem Plane Gerschunins beim Begräbnis Sipjagins einen Anschlag auf Bobjedonow verübt zu haben. Vom Ende 1902 bis zum Januar 1904 wurden infolge von Agens Angaben zwei Anschläge auf Blumke verhindert und verschiedene Revolutionäre, darunter der bekannte Kischinow, verhaftet. Um dieselbe Zeit teilte Agens der Polizei mit, daß ein angeheimes Mitglied der Sozialrevolutionäre, Lewin, aus dem Auslande angelangt sei, um in Russland fliegende Kampfguppen und Dynamitwerkstätten für einen Anschlag auf den Zaren zu errichten worauf dieser Lewin in Orjol verhaftet wurde.

Im Juli 1904 erstattete Agens einen längeren Bericht über den im Kleinen Gernans stattgehabten Parteitag der Sozialrevolutionäre, auf dem u. a. die terroristische Tätigkeit abermals zum Beschluß erhoben und speziell der Zar als Ziel der Anschläge in Betracht gezogen wurde. Im September 1904 erfolgten auf Agens Anweisungen hin die Verhaftungen eines bekannten revolutionären Stenotypen und der von der Partei mit einer Spezialmission nach Russland entsandten Marie Seljuk. Zugleich richtete Agens ausführlich: 1. über den internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam und 2. über die Pariser Konferenz von 8 Vertretern der revolutionären und oppositionellen Gruppen, die den 1905 zur Ausführung gelangten Plan des Kampfes gegen die Regierung erörterten. Nach Amsterdam war er nicht Minor, Rubanowitsch und dem „Großmutterchen“ Treichow-Treichowitsch entsandt, in Paris teilte er seine Mission mit Tschernom. Um diese Zeit verriet er die Pläne der Kampforganisation, sowie den bekannten Terroristen Sawentow und setzte die Polizei von dem auf den Trinitäts-Generalgouverneur Kutschkow geplanten Anschlag unter genauer Benennung der Person, die diese Aufgabe übernommen hatte, in Kenntnis. Die Person wurde verhaftet und der Anschlag vereitelt.

Im Januar 1905 entfaltete er der Polizei die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre im Kaukasus und verriet den Terroristen Woloski, wodurch der erste Anschlag auf den Kaiser von Rußland vereitelt wurde. Zugleich teilte er die Polizei davon in Kenntnis, daß der Revolutionäre Chislow nach Rußland gereist sei, um häusliche Kampfguppen zu bilden, und etwas später, daß nach Bulgarien spezielle Emigranten entsandt seien, um die neuen Aufreizungsmaterialien, insbesondere die sogenannten mazedonischen, zu studieren. Er nannte auch die Personen, die nach dem Transport dieser Stoffe nach Saratow und Samara zu befördern hätten. Im Juli 1905 teilte er die Polizei in Kenntnis, daß die Terroristin Kompanjowa, welche später den General Wm ermordet hat, in Moskau Bomben anfertige und auf das Leben des Generalgouverneurs Durnowo und des Stadthauptmanns Medem einen Anschlag beabsichtige. Sie wurde bald darauf in Smolensk verhaftet, wobei man bei ihr Aufreizungsmaterialien vorfand. Um diese Zeit verriet er auch den Saratower Aufenthalt der Terroristin Treichow-Treichowitsch und benachrichtigte die Polizei, daß ein gewisser Kalanow nach Petersburg zwecks eines Attentats auf Tschernom angelangt sei. Im August 1905 berichtete er über den in Nischni-Nowgorod bevorstehenden Distriktsparteitag, wobei ein Anschlag auf das Leben des lokalen Gouverneurs Unterberger organisiert werden sollte.

Vom Herbst 1905 an habe er als neuangeworbenes Mitglied der sozialrevolutionären Kampfgruppe sämtliche Pläne dieser Gesellschaft der Polizei auszuliefern vermocht. Infolge von Agens Mitteilungen wurde der zu Beginn des Jahres 1907 auf den Zaren geplante Anschlag, deren Ausführung dem Flottenkapitän a. D. Nikitenko und dem Studenten Sinjowski oblag, verhindert; desgleichen wurden im Februar 1908 mehrere Personen der nördlichen Abteilung der Sozialrevolutionäre, die auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und auf den Justizminister Sischeglowitsch ein Attentat ausübten hatten, mit ihren Revolvern auf den Straßen abgefaßt und verhaftet.

Dies sind die Verdienste von Agens. In welchem Preise er jedoch seine Autorität bei den Revolutionären zu erkaufen vermocht hat, dies sollte unaußgesprochen bleiben. Denn daß gleichzeitig verschiedene terroristische Akte auf Anraten von Agens tatsächlich vollbracht worden waren, dies sollte der Medaille, die der Gerichtshof völlig unbeachtet. Leider scheint auch die Verteidigung Agens nicht mehr Gewicht auf die juristische Seite der Angelegenheit zu legen, als die Aufklärung aller aus dem Spionagewesen resultierenden Demoralisierungsercheinungen zu erstreben. Bei nachträglicher Untersuchung wäre es unklarer nachzuweisen, daß die von Agens verratenen terroristischen Aktionen zu einem erheblichen Teile von ihm propagiert und mitbestimmt worden seien. Ohne Provokation hätte Agens nimmer-

mehr diese hervorragende Rolle gespielt. Ob nun Lopuchin verurteilt wird oder nicht, die Öffentlichkeit hat von dem ganzen Prozeß bei seiner Einschränkung nur wenig zu erwarten. Es ist eher eine Sensation als eine Aufklärungstat.

Kommunales.

d. Von der Westfälischen Landgemeindevorordnung. Wir haben in einem früheren Artikel bereits ausgeführt, daß das Amt einmal einen Kommunal-Verband mit allen Rechten einer Gemeinde bildet und zum anderen einen staatlichen Verwaltungsbezirk darstellt. Dementsprechend sind auch Stellung und Geschäftskreis des Amtmanns zweifacher Natur. Als Beamter des Kommunalverbandes führt er die Verwaltung der Angelegenheiten dieses Verbandes, außerdem hat er aber Staatsverwaltungsangelegenheiten wahrzunehmen.

Daneben ist der Amtmann auch noch zur Mitwirkung bei der Verwaltung der einzelnen Gemeinden berufen. Die ihm in dieser Beziehung übertragenen Rechte und Pflichten sind von uns bei Besprechung der einzelnen Paragraphen bereits gewürdigt, wir wollen hier aber nochmals eine kurze Uebersicht über diese Punkte geben. Dem Amtmann stehen folgende Befugnisse zu:

1. Anordnung außerordentlicher Wahlen zum Ersatz für die innerhalb einer Wahlperiode ausgeschiedenen Gemeindevorordneten;
2. Leitung der Wahlen der Gemeindevorordneten, mit dem Rechte jedoch, sich durch den Gemeindevorsteher vertreten zu lassen;
3. Uebernahme des Vorsitzes in der Gemeindeversammlung, im Falle der Stimmengleichheit mit entscheidender Stimme;
4. Beanstandung von Beschlüssen der Gemeindeversammlung;
5. Klagerrecht gegen gewisse Beschlüsse der Gemeindeversammlung;
6. Beteiligung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes;
7. Beteiligung bei der Revision der Jahresrechnung;
8. Mitwirkung bei der Verwaltung der Einkünfte der Gemeinde;
9. Mitvollziehung von die Gemeinde verpflichtenden Urkunden;
10. Ausschließliche Befugnis, die zum Dienst der Gemeinde erforderlichen, zu bloß mechanischen Dienstleistungen bestimmten Unterbeamten und Diener der Gemeinde zu ernennen;
11. Ordnungsstrafrecht gegenüber den Unterbeamten und Dienern der Gemeinde.

Der Amtmann ist das Organ des Landrats bei Führung der allgemeinen staatlichen Aufsicht über die Angelegenheiten der Landgemeinden und selbständigen Amtsbezirke, ihm liegt ferner die Verrichtung aller öffentlichen Geschäfte im Lande an, soweit nicht besondere Behörden dafür bestellt sind. Zugleich ist er Hilfsbeamter der gerichtlichen Polizei und kann mit den Funktionen der Amtsanwaltschaft beauftragt werden.

Der Amtmann ist ferner der Träger der örtlichen Polizeigewalt innerhalb des Amtsbezirks und der Gemeindevorsteher ist ihm hierbei Organ und Hilfsbehörde. Die Verwaltung der Ortspolizei steht dem Amtmann aber nur insoweit zu, als sie nicht geblieben anderen Behörden übertragen ist, ebenso gehört die Verwaltung der Landespolizei nicht zu den Aufgaben des Amtmanns.

Die Ortspolizeiverwaltung wird von dem Amtmann im Namen des Königs geführt § 1 der Verfassung über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850. Die Verwaltung der örtlichen Polizei ist keine Gemeinde-, sondern eine Staatsangelegenheit, die Kosten der Verwaltung sind dagegen von den Gemeinden bzw. dem Amtsverbande zu tragen.

Als Ortspolizeiverwalter ist der Amtmann befugt, für den Anfang des Amtes oder für eine oder mehrere zum Amte gehörige Gemeinden ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von 9 M. auszusprechen. Mit Genehmigung des Regierungspräsidenten kann die Strafandrohung bis zum Betrage von 30 M. gehen. Bei Erlass einer Polizeiverordnung für einzelne oder mehrere Gemeinden muß der Amtmann jedoch vorher mit dem oder den Gemeindevorstehern Beratung über den zu erlassenden Gegenstand gepflogen haben. Bei Uebertritten über Gegenstände der landwirtschaftlichen Polizei ist auch die Zustimmung der betreffenden Gemeindevorstellungen resp. der Amtsvorstellung erforderlich.

Auf die sonstigen Befugnisse der Polizei des näheren einzugehen, würde in diesem Zusammenhange zu weit führen, wir beschränken, diese Materie später in besonderen Artikeln zu besprechen.

Die Förderung des Baues von Kleinwohnungen durch den Staat. Im württembergischen Landtage gab es am Sonnabend eine große Debatte über Wohnungspolitik, in der für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Dr. Lindemann die Forderungen der Partei entwickelte. Die Verhandlung knüpfte an einen Initiativantrag auf „Unterstützung der Erbauung gesunder und billiger Wohnungen für die weniger bemittelten Leute“ an und endigte mit der Annahme eines Antrages, der die Landesregierung ersuchte, die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen für die weniger bemittelten Leute zu unterstützen, zu fördern und die nötigen Mittel in den nächsten Etat einzustellen. Für den Fall der Gewährung staatlicher Darlehen zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbauwerkes wurden eine Reihe Grundzüge aufgestellt. Gemeinden und Kommunalverbände erhalten Darlehen ohne dringliche Sicherheit bis zum vollen Betrage des Wertes des beiziehenden Gebäudes, die gemeinnützigen Baugenossenschaften und Bauvereine nur gegen hypothetische Sicherheit bis zu einem bestimmten, möglichst hoch zu bemessenden Teil des Gebäudewertes. Bedingung für die Gewährung der Darlehen ist, daß die beiziehenden Gebäude ihrem ursprünglichen Zweck, d. i. die Schaffung von gesunden und billigen Wohnungen für die wirtschaftlichen schwächeren Volkskreise“ dauernd erhalten bleiben.

In Verbindung damit wurde ein Gesuchentwurf beraten, wonach das Finanzministerium ermächtigt wird, zur Förderung der Familienwohnungsverbände von minder bemittelten Staatsbeamten und von Arbeitern in Staatsbetrieben“ je nach Bedarf an Baugenossenschaften zu 3 1/2 Prozent verzinsliche Darlehen bis zu 350.000 M. zu gewähren und für von anderer Seite an Baugenossenschaften gegebene Darlehen bis zum gleichen Betrage Bürgschaft zu übernehmen. Der Gesuchentwurf wird nach erfolgter Kommissionsberatung zweifellos angenommen werden.

Diese Beschlüsse, ergänzt durch den kürzlich auf Grund sozialdemokratischer Initiative geschaffenen Landeswohnungsinspektor, sind geeignet, für Württemberg eine gewisse staatliche Wohnungsfürsorge einzuleiten, die in anderen Staaten fast noch völlig fehlt.

Frankfurt a. M. 18. Mai. Der Wahlvorschlagsausschuß der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wird dem Plenum empfohlen, daß zur Wahl in die Volkschuldeputation nochmals Genosse Dr. Quard vorgeschlagen wird, der von der Regierung beknüppelt nicht bestätigt worden ist.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 19. Mai.

— Eine Baumversetzung. Vor dem Hause Arndtsr. 8, gegenüber der „Vollswacht“, das jetzt abgerissen worden ist, befand sich ein Lindenbaum, der als Verkehrshindernis erwiesen hätte, wenn er auf seinem bisherigen Standort stehen geblieben wäre. Er wurde, da man den schönen Baum nicht wegnemen wollte, mit dem seine Wurzel umgebenen Erdbreich einfach verdrückt und er steht jetzt der „Vollswacht“ um etwa 5 Meter näher. Diese Baumversetzung hat eine mehrere Tage lange Arbeit erfordert.

— Freie Volkshöhle. Die Bezirkskassierer Wannen am Freitag ihre Beitragslisten nebst Karten in Empfang nehmen. Der Monatsbeitrag beträgt für Juni, Juli und August 25 Pf. Das Kongert findet am Sonnabend, 19. Juni, in der „Centralhalle“ statt.

— Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen, am Himmelfahrtstage, wird die diesjährige Sommerpielzeit mit der Novität „Wo wohnt sie denn?“ eröffnet. „Wo wohnt sie denn?“ ist ein toller, ausgelassener Schwan von Jean Ren und Georg Monowitsch, dem Victor Hokaender ein gefälliges musikalisches Gewand gegeben hat. Es ist ein buntes Durcheinander von drastischen Szenen, in denen Eiferucht, Verwechslungen und Liebesabenteuer einander abwechseln. Ueber hundertmal ging diese lustige Novität im Thalia-Theater in Berlin unter großer Heiterkeit des Publikums in Szene. — Am Freitag geht als zweite Vorstellung „Die Kameliendame“, dramatisches Gemälde in 5 Akten von A. Dumas Sohn, in Szene.

— Polizeibericht. Diebstahl. Mittels Einsteigens sind in Minden in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. aus einem Konfektionsgeschäft folgende Sachen gestohlen worden: 1. ein schwarzer Kammeranzug, Wert 42 M., 2. ein schwarzer Tuchanzug, Wert 41 M., 3. ein dunkelgrüner Anzug, Wert 38 M., 4. ein Paar Holenträger, Wert 225 M., 5. ein Paar Glacéhandschuhe (braun), Wert 3,75 M., 6. ein Selbstkinder (Krawatte), rotgrün, breit gestreift, Wert 1,50 M., 7. 4—5 Spagierstöcke, Gesamtwert 8,75 M., 8. zwei Herren-Regenschirme, Gesamtwert 12,25 M., 9. ein Paar Manschettenknöpfe, Wert 1 M., 10. vier Taschentücher, Wert 2,40 M., 11. ein Ueberhangtuch, Wert 50 Pf. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei hier in Empfang.

Diebstahl. Am 9. d. M., nachmittags, ist in Minden ein wertvoller echter „Portier“, auf den Namen „Dove“ hörend, abhanden gekommen, über dessen Verbleib trotz angestellter Nachforschungen bisher nichts ermittelt werden können. Es wird deshalb angenommen, daß der Hund eingekerkert und nachweislich verschleppt worden ist, um verkauft zu werden. Beschreibung des Hundes: weiß, kurzhaarig, die eine Hälfte des Kopfes ist schwarz, die andere weiß. Am Hals trägt der Hund ein Lederband mit Nickelbesatz, auf dem der Name V. Poten, Simonsplatz Nr. 4, eingraviert ist.

Gefunden: 1. Stiefel, 1. Hb. Herrenuhr mit Goldband. Zugelassen: 1. silberne Damen-Kinder-Memorialuhr, 1. braunes Damenportemonnaie mit 11 M., und 1. braunschwarzes Anhalt, 1. rotes Herrenportemonnaie mit 24 M. Inhalt, 1. Goldarmband, 1. goldene Brosche mit rotem Stein in Fingerringform. Entlassen: 1. Redingier mit Halsband und Marke, 1. deutscher Schäferhund (Polizeihund) mit auffallenden Wollhaaren.

Gestohlen wurde in der Nacht vom 17. Mai er. einem Kleinhändler in Baderborn von der Ehefrau eine schätzbare Kellerröhre im Werte von 420 M. Besondere Kennzeichen: 1. abgetriebenes Horn. Falls die Röhre hier zum Verkauf angeboten sein bezw. werden sollte, wird um umgehende Benachrichtigung der Kriminalpolizei gebeten.

Seitens von 2 Personen wegen Trunkenheit und 1 Person wegen Betrugs; 9 Obdachlose erhielten im Polizeigefängnis Unterkunft.

Verurteilt. Der Gehrentwurper zwischen Bielefeld und Teutoburgerstraße ist wegen Verhinderung vom Kanalisationsarbeiten für Fußröhre bis 28. 5. 09 gesperrt.

Ausflüge am Himmelfahrtstage.

Bielefeld. Brauereiarbeiter-Verband. Nach Halle. Von da über Steinhagen zurück. In Steinhagen bei Wirt Diekmann gemütliche Zusammenkunft mit den dortigen Kollegen.

Schölar. Die organisierten Arbeiter treffen sich morgens 7 Uhr beim „Lipohl“. Die Tour geht über Salzhilfen nach Gosse, dort Zusammenreffen mit den dortigen Kollegen.

Dehnhagen. Gewerkschaftstreffen. Nach der Wallide. Abmarsch punkt 1 Uhr vom Verkehrslokal N. Kähler. Zubrader. Arbeiter-Turnverein „Risch Auf“. Nach Rathborst. Abmarsch morgens 6 Uhr vom Verkehrslokal. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

Es wird erwartet, daß sich Mitglieder und organisierte Arbeiter mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich beteiligen und pünktlich an den Treffpunkten einfinden. Für Proviant muß jeder selbst sorgen. Ferner wird ermahnt, keine Zweige von den Bäumen zu reißten.

Veranstaltungen.

Eidinghausen. Sop. Verein. Sonnabend, 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Kähler: Versammlung.

* Quelle, 18. Mai. In der Gemeindevorstandssitzung vom 15. Mai war auch der Schulvorstand anwesend. Der Klassenleiterverband an der Schule zu Quelle 11 wurde einstimmig angenommen. — Der Auflassung eines ungelagerten Weges vom Kupperhammer bis Niemöllers Hof wurde zugestimmt. — Die alten Wege zwischen der Straße von Hasel bis Niemöllers werden eingezogen. Hierfür wird jedoch die von Kolon Sinnen neu angelegte Straße als Gemeindegut angenommen. Herr Amtmann Hilbold gab noch bekannt, daß der Lehrer Schudtmann krankheitsbedingt bis zum 1. August beurlaubt ist, und daß am 1. August d. J. an der Schule 1 eine dritte Lehrkraft angestellt wird. Zum Schluß sprachen unsere Genossen Strothmann und Franke den Wunsch aus, die Tagesordnung möchte der Vertretern doch mindestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich zugehen. Hierzu gab der Amtmann eine zusage Antwort.

* Enger, 18. Mai. Ein Unglücksfall ereignete sich heute hier auf der Haltestelle der Kleinbahn Enger-Süd. Der 70jährige Schäfer Klöpferpfeifer kam mit dem 2-Uhr-Zug nach Bielefeld. In Enger-Süd, wo der Zug nur nach Bedarf hält, wollte er aussteigen. Er kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er einen Schädelbruch davontrug. Von der Sanitätskolonne wurde R. ins Engersche Krankenhaus gebracht.

* Herford, 18. Mai. Promenadenkonzert. Donnerstags, 20. Mai (Himmelfahrt), vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Wilhelmshöhe. Programm: Helene-Marie von Libbert. Ouvertüre zu „Berlin, wie es einst und jetzt“ von Contrab. Türklischer Abendessen und Marie der Palast-Schar-Wache aus der Oper: „Der Hebräer“ von Carl Raut. „Sirenenzauber“, Walzer von Waldteufel. „Lose Blätter“, Polka von Schreiner.

* Herford, 17. Mai. Ein recht interessantes Bild zu dem Kapitel des hiesigen Krankentraktierens weist eine Besprechung der Mitglieder der Deutschen Kranken- und Sterbedarlehungsanstalt E. S. zu Baugen 1. S., die, durch einige Mitglieder derselben veranlaßt, am Sonntag morgen stattfand. Wir haben uns an dieser Stelle schon einige Male mit dieser Kasse beschäftigt, um die Arbeiterkassen zu warnen. Die Boten der Kasse erklären nun, wenn sie von den Mitgliedern auf die Unzulänglichkeiten in diesen Notigen hingewiesen werden, diese seien längst wiederlegt. Das ist unklar, bis jetzt hat sich die Kasse mit keinem Wort dazu geäußert. Geändert haben sich die Zustände in der Kasse nicht. Auch in der Besprechung kamen wieder Fälle zur Sprache, in denen Mitglieder, die seit ein Jahr Beiträge gezahlt haben, und Antrag auf Unterstützung stellten, das einzige Schreiben erhielten: „Betrifft Auszahlung.“ Da Sie Ihre Beiträge seit ... nicht „ordnungsgemäß“ gezahlt haben, schließen wir Sie nach § 9 unseres Statuts von der weiteren Mitgliedschaft ausdrücklich aus, usw.“ Die Gleichmütigkeit dieser Auszahlungsdirektoren in ihren Satzungen läßt auf ziemlich üble Dinge in der Abfassung derselben schließen, und nach dem Umfange derselben ist man bald geneigt, anzunehmen, daß die Unterstützung dieser Schreiben einen großen Teil der Verwaltungskosten der Kasse ausmacht. Nach allem, was bei dieser Besprechung gegen die Kasse vorgebracht wurde, können wir die

260. Sitzung vom Di. Am Bundesratssitzung. Die Verner Ueb der Literatur und Kunst angenommen.

Das Abkommen zwisch einigen Staaten von V gen gewerblichen licher Debatte ebenfalls. Desgleichen das Mü batte und das Bantje Abj. Arndt (Rp.) weil die Interessen des nären nicht genügend ge Debatte wird alsba die Verwaltung des R hinterblieben eno men.

Es folgt die dritte Be Abj. Strube (Fr.) Leinung abgelehnt sind, st wartung, das es wirklich und nicht zur künstlichen gegen den Abj. Dr. Hof Professor Wagner in der sei dadurch hervorgerufen „Abj.“ statt mit „Sie“ a Professor Wagner entspr heit. (Hört, hört! bei de Abj. Dr. Sahn (kon jugen, mein Gewähmsch viel leicht verhört hat. it auf die Politik des (Gelächter links.)

Abj. Stoffe (Soz.) mals imstande sein, den (Sehr richtig! links.) I hat keineswegs Deutschla kleinen Landwirte, welch lich geschädigt. (Sehr ric felt sich die ungeheure durch Repressalien, die d anwendet. Auch die Völ der allgemeinen Preißt (Soz.)

Abj. Dr. Strube (D Wagner die Darstellung jessor Wagner hat gleich heiter geschrieben. Wä Haben zweifelslos erschie einen Kontrollbrief abge Abj. Dr. Sahn (kon hört. (Zustimmung rech Unzulässig!)

Abj. Dr. Strube Herrn Sahn doch genau e für die Konfessionen zur Sprache gekommen. Die Debatte über den politik geht weiter. Bist mals vergeblich, sie auf d beteiligten sich daran die (Ar. Va.), Dr. Sahn (for de W en e (nail).

Die Generaldiskussion Spezialdebatte en bloc a Es folgt die dritte B unlauteeren Debatte nach wesentlichen Debatte nach angenommen, nebst nach es am 1. Oktober 1

Es folgt die zweite B und Ausgaben des a r i t a n s i o n e n S c h u n g u n g s k o m m i s s i o n e n b e a n t w o r t e n u n t e r B e a n t w o r d u n g H e l l i n g s n e b s t U l f e r m a u e q u e r a m i m E t a t f ü r S Abj. Dr. Goerde antrag und tadelt scharf Staatssekretär D e r n f e i a u f d i e s e n U e b e r s c h r e i t a u f d i e G e f a h r h i n , a l s u n R e i c h s t a g v o r e i n e m S c h l a g i n s W a s s e r i s t . i n C h i n a w e i l e n d e m E r b u n d e r d i s K i s s u f f ä l l t d a b e m e r r e i c h t , w a s d i e R o Abj. Erzberger (F ist erfreulich, daß endlich groben Unfug einschreitet, und führt hier den gravis haben. Hier handelt es bes Reichstags. Die Zinf unterdrückt werden, sie d überreichen. Ich bitte mission zu befehlen. (We Staatssekretär D e r n P r o z e s s z u v e r m e i d e n . Abj. Dr. Goerde (F schäuder Redner, aber di brochen.

Präsident Graf Stol meinen Sie doch „menia Staatssekretär D e r n r e a r e p l i c h t i g m a c h e n u n d n o c h i c h d i e H a n d l u n g u n z u f ä h r i g e r k l ä r t e , b e a n t w o r t e n u n t e r B e a n t w o r d u n g H a b e n j a z w e i f e l s o b e i d e r S o z i a l i s t e n T r o p d e r v i e l e n S o z i a l i s t e n z w i s c h e n b o u r : Ich habe nur ein po (Komodie!)

Präsident Graf Stol dieses Ausdrucks zur D Abj. Ulrich (Soz.) geben, daß das Staatsrecht Bantien hätten doch ausg durch Annahme unferes nicht beeinträchtigen. D den Gaul nach einer g Heiterkeit.) Wir haben g Gelber veranlaßt und 1 talverwaltung berichtet Kommissionen alles durch

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 115.

Bielefeld, Mittwoch, 19. Mai 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

260. Sitzung vom Dienstag, 18. Mai, 1 Uhr nachmittags.
Am Bundesratsitzung: v. Bethmann-Hollweg.
Die Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst wird in dritter Beratung debattiert.

Das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz wird nach unwesentlicher Debatte ebenfalls angenommen.

Desgleichen das Münzgesetz in dritter Lesung ohne Debatte und das Bankgesetz, nachdem

Abg. Arent (Hr.) erklärt hat, er werde dagegen stimmen, weil die Interessen des Reiches gegenüber den Reichsbankaktionen nicht genügend gewahrt seien.

Debattiert wird alsdann in dritter Beratung das Gesetz, betr. die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und des zentralen Invalidenversicherungsfonds angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Viehhauengesetzes.

Abg. Strube (Hr.): Obwohl unsere Anträge in zweiter Lesung abgelehnt sind, stimmen wir dem Gesetze zu, in der Erwartung, daß es wirklich als Viehhauengesetz angewendet wird und nicht zur künstlichen Grenzsperrung dient. Redner polemisiert gegen den Abg. Dr. Sahn, der gesagt hat, die Behandlung des Professors Wagner in der Verammlung der Wirtschaftsexperten sei dadurch hervorgerufen, daß Wagner die Verammlung mit „Ihr“ statt mit „Sie“ angesprochen habe. Laut einem Briefe des Professors Wagner entspricht diese Behauptung nicht der Wahrheit. (Hört, hört! bei den Freis.)

Abg. Dr. Sahn (Hr.): Ich war in der Verammlung nicht zugegen, mein Gewährsmann war Herr von Bodelschwingh, der sich vielleicht verbißt hat. Die wirtschaftliche Blüte Deutschlands ist auf die Politik des Bundes der Landwirte zurückzuführen. (Gelächter links.)

Abg. Stolle (Hr.): Die deutsche Landwirtschaft wird niemals imstande sein, den ganzen Bedarf Deutschlands zu decken. (Sehr richtig! links.) Die Politik des Bundes der Landwirte hat keineswegs Deutschland zur Blüte gebracht, sie hat aber die kleinen Landwirte, welche Futtermittel gebrauchen, sehr erheblich geschädigt. (Sehr richtig! links.) Zu dieser Schädigung gesellt sich die ungeheure Schädigung der Industrie, namentlich durch Repressalien, die das Ausland unseren Völkern gegenüber anwendet. Auch die Löhne sind keineswegs im Verhältnis zu der allgemeinen Preissteigerung gestiegen. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Dr. Strube (Hr.): Ich erkläre nochmals, daß Professor Wagner die Darstellung des Abg. Dr. Sahn zurückweist. Professor Wagner hat gleichzeitig an Herrn Dr. Sahn und Herrn Redner geschrieben. Wäre ihm die Lokalität des Herrn Dr. Sahn zweifellos erschienen, so hätte er wohl nicht gleichzeitig einen Kontrollbrief abgeschickt.

Abg. Dr. Sahn (Hr.): Diese Unterstellung ist ganz unerhört. (Aufstimmung rechts.) Abg. Ledebour (Hr.): Sie sind Ungehörigkeit!

Abg. Dr. Strube (Hr.): Professor Wagner scheint Herrn Sahn doch genau zu kennen, ohne den Brief an uns wäre die für die Konversation so blamable Angelegenheit heute nicht zur Sprache gekommen.

Die Debatte über den Professor Wagner und die Schutzpolitik geht weiter. Vizepräsident Dr. Passie verliert sich mehrfach vergeblich, sie auf das Viehhauengesetz zurückzuführen. Es beteiligen sich daran die Abg. Roelcke (Hr.), Ziegler (Hr.), Dr. Sahn (Hr.), Gothein (Hr.), Bachhorst (Hr.) und andere.

Die Generaldiskussion wird geschlossen und das Gesetz ohne Spezialdebatte an bloß angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs gegen den unlauteren Wettbewerb. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, nebst einem Antrage Dr. Zund (natl.), wonach es am 1. Oktober 1909 in Kraft tritt.

Es folgt die zweite Lesung der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen und südwestafrikanischen Schutzgebietes für 1901. Die Rechnungskommision beantragt, die Etatsüberführung zu genehmigen unter Beantragung von 122.800 Mk. für den Bau eines Seilings nebst Ufermauer und 127.400 Mk. für einen Molensystem im Etat für Südwestafrika.

Abg. Dr. Goerde (natl.) befragt die Kommission, ob der Antrag und tabelliert sich das Verhalten der Verwaltung.

Staatssekretär Dernburg verteidigt das Geschehene, man sei zu diesen Ueberführungen gezwungen gewesen. Ich möchte auf die Gefahr hin, als unbescheidener Ratgeber zu erscheinen, den Reichstag vor einem Schritte warnen, der möglicherweise ein Schlag ins Wasser ist. Denn wenn ein Projekt gegen den jetzt in China weilenden Erbauer des Quarantäne angestrengt wird und der Risiko fällt dabei herein, so wird das Gegenteil von dem erreicht, was die Kommission gewollt hat.

Abg. Erberger (Hr.) stimmt dem Abg. Goerde zu. Es ist erwidert, daß endlich die Rechnungskommision gegen den großen Unfug eintritt, und da kommt nun der Staatssekretär und führt hier den großzügigsten Gierstanz auf, den wir je erlebt haben. Hier handelt es sich um die Wahrung des Budgetrechts des Reichstags. Die Initiative der Beamten soll in keiner Weise unterdrückt werden, sie darf aber die legitimen Grenzen nicht überschreiten. Ich bitte dringend, es beim Antrag der Kommission zu belassen. (Weiß! im Hr. und links.)

Staatssekretär Dernburg wiederholt seinen Rat, einen Projekt zu vermeiden.

Abg. Dr. Goerde (natl.): Der Staatssekretär ist ein geschickter Redner, aber dieses Mal hat er recht ungeschickt gesprochen.

Präsident Graf Stolberg: Wenn Sie „ungeschickt“ sagen, meinen Sie doch „wenig geschickt“. (Schallende Heiterkeit.) Staatssekretär Dernburg: Ob man einen Beamten verurteilen darf, ist lediglich eine Opportunitätsfrage. Obwohl ich die Handlung des betreffenden Beamten bereits für unzulässig erkläre, beantworte ich diese Frage doch in anderem Sinne als die Herren Redner geneigt scheinen. Die Beamten haben ja zweifellos bei dem Bau Fehler gemacht. (Abg. Ledebour Hr.) ruft: Trotz der vielen Examine! Heiter! b. d. Soz.) Machen Sie bitte keine Zwischenrufe, das wäre noch besser! (Abg. Ledebour: Ich habe nur ein paar Worte gesagt, spielen Sie doch keine Komödie!)

Präsident Graf Stolberg ruft den Abg. Ledebour wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Ulrich (Hr.): Der Staatssekretär mußte selbst zugeben, daß das Staatsrecht verletzt ist. Weiter sagte er dann, die Beamten hätten doch ausgeführt werden müssen, und man dürfe durch Annahme unseres Antrages die Initiative der Beamten nicht beeinträchtigen. Das wollen wir auch nicht. Wir haben den Gaul nach einer ganz anderen Seite geritten. (Große Heiterkeit.) Wir haben gerügt, daß der Beamte außerordentlich viel Gelder verausgabt und 1½ Jahr lang nichts davon an die Zentralverwaltung berichtet hat. Wenn die früheren Rechnungskommisionen alles durchgehen ließen, so war das ihre Sache.

Heute meinen wir, wenn wir das Budgetrecht des Reichstags wahren wollen, so müssen wir gerade in der Rechnungskommision genau prüfen. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär macht in jeder Kommissionssitzung den Versuch, die Handlungen der Beamten als ganz harmlos hinzustellen. Wir geben aber nichts auf seinen glatten Schmus. (Gr. Heiterkeit.) Präsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie, einen anderen Ausdruck anzuwenden. Er sucht die Kommissionmitglieder mit glatten Redewendungen einzumüllen. Es muß hier deutlich erklärt werden, daß wir diese Art der Rechnungslegung nicht für gut halten. Wer das wünscht, der muß der Kommission zustimmen. (Sehr! Weiß!)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Abg. Ledebour (Hr.) ruft: Der Erfolg des Herrn Dernburg! (Heiterkeit bei den Soz.)

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß soeben eine telegraphische Einladung des Oberbürgermeisters von Stuttgart eingegangen sei, der die Mitglieder des Reichstags gelegentlich der Verfertigung des Reppelinschen Luftschiffes auch zu einem Besuch Stuttgarts einlädt. (Bravo!)

Darauf schließt der Präsident mit dem Wunsche für fröhliche Feiertage die Sitzung.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung vom Dienstag, 18. Mai 1909, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Delbrück, v. Breitenbach.

Zunächst wird der Köhlbrand-Vertrag in 3. Lesung mit der Änderung angenommen, daß die Vereinigung von Reubof mit Wilhelmshafen nicht am 1. April 1910, sondern am Tage des Verfalls des Geleises erfolgen soll.

Hierauf wird das Gesetz, betreffend den Vergewerksbetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb außerpreussischer Gewerkschaften in 3. Lesung nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung der Novelle zum Vergewerks.

Die Beratung über die §§ 74–77, die über die Aufsichtspersonen, ihre Qualifikation usw. handeln, wird verbunden.

Abg. Leinert (Hr.): Wir haben hierzu eine Reihe Anträge gestellt. Zunächst würden wir, daß die Vergewerks zu entscheiden hat, ob der einer Aufsichtsperson übertragene Geschäftsbetrieb die zulässige Grenze überschreitet und bejaht ist, in jedem Einzelfalle entsprechende Anordnungen zu treffen. Der Herr Minister hat in der Kommission erklärt, es sei selbstverständlich, daß die Aufsichtspersonen, darüber zu wachen, ob die einzelnen Aufsichtspersonen den Umfang von Geschäften erledigen könnten, der ihnen übertragen werde. Wir halten es aber für besser, wenn das ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird. Weiter beantragen wir, daß der verlangte Nachweis der Befähigung durch die Aufsichtspersonen als erbracht anzusehen ist durch Vorbringung eines Zeugniszeugnisses des Oberbergamts, in dem die Aufsichtsperson beschäftigt werden soll, oder durch das Zeugnis über eine bereits innegehabte gleichartige Stellung.

Es entspricht das den Wünschen der technischen Bergbeamten, die sie dem Daimler übermitteln haben. Nach den Bestimmungen des Entwurfs kann die Vergewerks einfach, wenn es ihr nicht paßt, die Qualifikation verweigern. Dieser Willkür der Vergewerks muß ein Riegel vorgelegt werden. Weiter wird wir nicht einverstanden damit, daß der Vergewerks endgültig über die Entziehung der Qualifikation entscheiden soll, sondern beantragen, daß gegen seine Entscheidung Rekurs an das Oberbergamt zulässig ist. Das ist notwendig schon deshalb, weil ein Beamter, dem die Qualifikation entzogen ist, zweifellos in einem anderen Betriebe nicht mehr Arbeit findet. Ich verweise darauf, daß nach der Gewerbeordnung den Gewerbevermeistern und Rechtskonsulenten das Recht gegeben ist, bis zur höchsten Instanz wegen Entziehung ihrer Konzeption oder Unterlassung ihres Gewerbes zu klagen. Weiter halten wir es für notwendig, zu bestimmen, daß die Aufsichtspersonen nicht verpflichtet sind, Anordnungen der Vergewerks, die den Betriebsplänen und den Vorschriften der Bergpolizei nicht entsprechen, auszuführen. Es muß Vorfälle getroffen werden, daß den Beamten nicht etwa auf Grund der Weigerung, solche Anordnungen auszuführen, die Qualifikation entzogen wird. Im § 76 wird dann bestimmt, daß der Vergewerksbezieher oder seine Vertreter verantwortlich sind, inwieweit sie durch Handlungen oder Unterlassungen den Aufsichtspersonen die Möglichkeit genommen haben, den ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Hier wünschen wir, daß hinzugefügt wird: „insbesondere, wenn sie die Aufsichtspersonen über das Interesse des Betriebes hinaus zum Strafbetrieb heranziehen“. Es passieren in dieser Beziehung eigenartige Dinge; die Steiger sind gewissermaßen der Leume und Willkür der Vergewerks überlassen, denn wenn sie sich weigern, müssen sie ein schlechtes Zeugnis und die Entziehung der Qualifikation befürchten. Ich habe in bezug auf die Heranziehung zu Strafbetrieben eine ganze Reihe von Briefen aus den Kreisen der Steiger erhalten. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Köhling (natl.) erklärt, daß seine Freunde gegen alle Abänderungsanträge, soweit sie nicht redaktioneller Natur wären, stimmen und an den nach längerer Beratung in der Kommission zustande gekommenen Beschlüssen festhalten würden.

Abg. Prust (Hr.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Der Antrag, daß die Aufsichtspersonen nicht verpflichtet sind, den Vorschriften der Bergpolizei widersprechende Anordnungen auszuführen, ist selbstverständlich; mit seiner Tendenz wird wir aber einverstanden. Im übrigen glaube ich nicht, daß die Wünsche der Beamten so weit gehen, wie die sozialdemokratischen Anträge.

Damit schließt die Besprechung.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge werden die §§ 74–77 unverändert angenommen.

Es folgt § 80, welcher lautet: „Auf Steinhilberbergwerken, auf unterirdisch betriebenen Braunkohlen- und Erzbergwerken, sowie auf Kalialberbergwerken müssen, wenn darauf in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, Sicherheitsmänner und ein Arbeiterschutz vorhanden sein.“

Hierauf liegt ein Antrag Borgmann (Hr.) vor, die Worte „unterirdisch betriebenen“ zu streichen, sowie die Zahl „100“ zu ersetzen durch „20“.

Ferner liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der an Stelle der Sicherheitsmänner die Einführung von aus der Mitte der Arbeiter in unmittelbarer und geheimer Wahl zu wählenden Grubenkontrollleuten, die aus der Staatskasse zu besoldet sind, fordert. Der Antrag enthält weiter nähere Bestimmungen über die Aufgaben der Arbeiterkontrollleute und ihre Wahl.

Die Abg. Prust (Hr.) und Gen. beantragen ebenfalls, die Worte „unterirdisch betriebenen“ im § 80 zu streichen.

Abg. Dr. Beumer (natl.): Die Sozialdemokraten berufen sich mit großem Vergnügen auf das geheime Protokoll einer Verammlung von Bergwerksbesitzern. Nach dem Budget-Kravalltrach in Nürnberg kann man es verstehen, daß die Sozialdemokraten nach geheimen Protokollen suchen, in denen sich tröstliche Worte finden. Gewundert hat mich aber, daß auch der freisinnige Abgeordnete Wolff-Lissa mit einem gewissen Verdragen in dem Wasser dieses geheimen Protokolls plätscherte. (Heiterkeit.) Wenn unsere Fraktionsverhandlungen — ich nehme keine Partei aus — stenographiert und veröffentlicht würden, dann würde eine Ministerfälschung an den Tag kommen, über die man sich im Lande wundern würde. Würde man dagegen die Verhandlungen des Staatsministeriums veröffentlicht lassen, so würde manches interessante Wort über uns Abgeordnete bekannt werden. Als man den Fürsten Bismarck einmal durch Lachen in einer Rede unterbrach, sagte er: „Lachen kann jeder. Sie glauben gar nicht, wie ich lache, wenn Sie nicht dabei sind.“ (Heiterkeit.) Also lassen Sie das Gerede von der Ministerfälschung! Die Bergwerksbesitzer wollen allerdings Herren im eigenen Hause sein, aber nicht in dem Sinne, daß sie Sklavenhalter mit der Peitsche in der Hand sind, sondern in dem, daß sie die verantwortlichen Leiter der Betriebe bleiben. Die Sozialdemokratie will die Arbeiterausschüsse nur zu Parteizwecken benutzen. Auch in einem Buche der christlichen Gewerkschaften heißt es: „Erste Pflicht der Arbeiterausschüsse ist Anschluß an die Organisation!“ (Hört, hört! rechts.) Im Volke wird im Lande verlangt man, daß die Sozialpolitik auch Rücksicht nimmt auf die Konkurrenz mit dem Auslande und auch auf den Mittelstand, dem es vielfach schlechter geht als den Arbeitern. Keine Krankheit ist so unbedeutend, daß sie nicht durch das Singen eines Arztes lebensgefährlich werden könnte. (Hilt.) Das gilt auch hier. (Beifall rechts. Lachen b. d. Soz.)

Abg. Leinert (Hr.): Die Forderung der Arbeiterkontrollleute wird immer als eine sozialdemokratische bezeichnet; sie ist es aber nicht, sondern es ist eine Forderung der gesamten Vergewerks Preußens und der Welt. Auf internationalen Kongressen ist sie auch erhoben worden. Auch die christlichen Arbeiter haben früher diese Forderung erhoben. 1905 hat hier in Berlin ein Vergewerksdelegiertentag getagt, und eine der Hauptforderungen desselben war die Einführung von Arbeiterkontrollleuten. Das Referat darüber hatte ein christlicher Arbeiter, und er forderte genau das, was wir beantragen haben. Auf der zweiten gemeinsamen preussischen Vergewerkskonferenz in Essen am 11. und 12. Februar 1906 wurde dieselbe Forderung in einer Resolution zum Reichsberggesetz erhoben. Auch dort wurde gefordert: die Kosten trägt das Reich. Im Jahre 1907 hat auf der Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Vergewerks ein Bruder des Kollegen Imbich über die Vergewerksgebung gesprochen und es wurde eine Resolution angenommen, wo ebenfalls die Einführung von Arbeiterkontrollleuten als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet wurde. Im „Vergewerks“ aber wurde am 27. Februar dieses Jahres gesagt: „Wer objektive und leidenschaftlos das Für und Wider der beiden Arten von Grubenkontrollleuten überdenkt, muß zu dem Schluß kommen: Wir müssen für die im Arbeitsverhältnis verbleibenden Grubenkontrollleuten im Sinne der Regierungsvorlage eintreten, weil nur dadurch unter den gegebenen Verhältnissen eine Wahrung der Arbeiter entsprechende Grubenkontrolle möglich ist.“

Es ist also eine Schwärzung der christlichen Organisationen erst erfolgt, nachdem die Regierung mit ihrer Vorlage gekommen ist. Dieses flotte Einschwenken hat den Beratungen dieser Vorlage außerordentlich viel geschadet. Wir glauben danach immer noch berechtigt zu sein, unsere Forderung im Namen der gesamten Vergewerks zu stellen. Wir wollen, daß die Kontrollbestir nicht mehr als 2000 Mann Belegschaft umfassen, damit die Kontrollleute ihr Revier auch genau kennen lernen können. Die dadurch entstehenden Kosten werden für die Unternehmer nicht so erheblich sein, sie werden für jeden Arbeiter etwa eine Mark betragen. 2000 Mark im Jahre fürchten Leben und Gesundheit der Arbeiter doch wert sein. Ueber den Terrorismus der Grubenbarone werde ich noch bei späteren Paragrafen sprechen. Herr Beumer wird sehen, daß er seine kühnen Träume noch übertrifft. Der Standpunkt des Herrn Beumer ist ja bekannt. Wir haben niemals den Unternehmern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich in geheimen Konventikeln oder sonst über ihre Maßnahmen gegenüber den Arbeitern unterhalten. Über ebenso, wie Sie Dokumente aus der Arbeiterbewegung gegen sie benutzen, können Sie uns auch keinen Vorwurf daraus machen, daß wir das Stenogramm der geheimen Konferenz im Palais-hotel für uns ausnützen. Tatsache ist, daß dort von den einzelnen Rednern, wie Herrn Uthmann, der Standpunkt des Herrenmenschen vertreten worden ist, der die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen will. Auch die christlichen Arbeiter werden ja genau so von den Herren behandelt wie die sozialdemokratischen Organisationen. Die Arbeiter sollten daher endlich dazu kommen, gemeinsam gegen das Grubenkapital vorzugehen. Ueberdies scheinen sich ja neuerdings die Vergewerks wieder an den Minister anzuklammern, nachdem sich herausgestellt hat, daß von Arbeiterfreundlichkeit im Handelsministerium nichts zu finden ist. Herr Beumer sagt, die Arbeiter haben die Freiheit, sich Arbeit zu suchen, wo sie wollen. Das Gegenteil beweisen die schwarzen Listen, die die Freizügigkeit der Arbeiter in unerhörter Weise vernichten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch die vorerwähnte Nichtachtung der Arbeiter muß ihr Widerstand nur gesteigert werden. Das doch Herr Beumer verlangt, es müsse jetzt, wenn der wirtschaftliche Aufschwung kommt, mit aller Macht dahin gearbeitet werden, die Löhne herabzusetzen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Glauben Sie, daß die Arbeiter ruhig zusehen werden, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird? Die Brutalität der Unternehmer, die die Arbeiter auf die Knie zwingen wollen, führt dazu, daß die Arbeiter sich immer mehr zusammenzuschließen zu einer gewaltigen Macht gegen das Unternehmertum. Herr Beumer sprach von der Forderung der Unternehmer für die Arbeiter. Nein, die Unternehmer brauchen die Arbeiter nur, um Gewinn zu machen; sie sind ihnen völlig gleichgültig, wenn die Fabrik keinen Gewinn mehr abwirft; dann schließt eben der Unternehmer die Fabrik. Also die Verhältnisse sind wesentlich anders, als Herr Beumer es darstellte. Durch die immerwährenden Klagen über die fortschreitende Sozialpolitik werden Sie es erreichen, daß die Arbeiterorganisationen der verschiedensten Richtungen endlich dazu kommen, sich zu vereinigen, daß sie sagen: „Wir hierher und nicht weiter! Jetzt haben wir die Tyrannei des Kapitals satt!“ (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Imbich (Hr.): Der gute Wille der Regierung bei der Vorlage ist anzuerkennen. Leider hat man auch diesmal wieder die Vorlage erheblich zu verächtlichen. Neben weist die Angriffe des Abg. Beumer gegenüber den christlichen Gewerkschaften zurück.

Minister Dr. Delbrück: Daß die Vorlage die Herren von der Sozialdemokratie nicht befriedigt, liegt in der Natur der Dinge. Würde ich einen Gesichtspunkt bringen, der genau ihren Forderungen entspräche, so würde er auch dann ihrer lebhaftesten Opposition begegnen. (Lachen b. d. Soz.) Die von der sozialdemokratischen Presse geübte Kritik schneidet über das Ziel hinaus. Wir können keine Gehebe für die Arbeitgeber und auch keine für die Arbeitnehmer machen; wir müssen die allgemeinen politischen und öffentlichen Interessen berücksichtigen. Wenn ein Gesetz nicht allen Wünschen der Interessenten entspricht, so beweist das noch nicht, daß es nichts taugt. Daß der Entwurf im allgemeinen das Richtige trifft, beweist die Tatsache, daß in den Haupt-

In der Abstimmung wird hierauf § 80 f b unter Ablehnung aller Anträge in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. Zu § 80 f c wird ein Antrag Graf Strachwitz (Str.) angenommen, wonach das Oberbergamt unter besonderen Umständen die als Voraussetzung für die Wahl zum Eiderbezirksmann geforderte Befähigungszeit von 5 Jahren als Dauer auf 2 Jahre herabsetzen kann.

Schluß 4½ Uhr.

Warum die Kameler Bäcker 10 Prozent Rabatt gewähren können. Wie in vieler, anderen Städten haben auch in Gemeln Krämer und Bäcker sich zu einem Rabattverband vereinigt, um damit den Konsumvereinen zu befehlen. Die Bäcker gewähren jeitem beim Broterwerb 10 Prozent Rabatt. Wie nun aber der Rabatt aussieht, der den Konsumanten gewährt wird, davon ein Beispiel. Einige wissensdürftige Konsumvereinsmitglieder stellten folgendes unter Zeugen fest: das Brod, das zum Preise von 75 Pfg. im Konsumverein zum Verkauf gelangt, wiegt 5½ Pfund oder aber das Pfund Brod kostet ca. 13 Pfg. Hierauf gewährt der Verein dann noch 8½ Prozent Rückerstgung. Es wurden nun von einer Anzahl größerer Bäckermeister ebenfalls Brode geholt und folgende Gemichte ermittelt. (Es kommen hier fünf Brode von fünf verschiednen nur größeren Rabattbäckern in Betracht.) Die Brode wogen einzeln 4,9 Pfund, 5,1 Pfund, 4,9 Pfund, 6 Pfund, 5,2 Pfund. Es kostete demnach das Pfund Brod ca. 15 Pfg. Hierauf gibt es 10 Prozent Rabatt. Das Gemicht als Maßstab betrachtet, kostet also ein Brot im Werte von circa 75 Pfg. bei dem Rabattbäcker circa 10 Pfg. mehr als im Konsumverein. Der Wissensbranz der Mitgliedsler des Konsumvereins war nach dieser einen Probe vollst. befriedigt. Wie diese, so wird auch jeder Leser ohne weiteres imstande sein, die nötigen Schlussfolgerungen aus dem Vorkommnis zu ziehen.

Infolge der erwünschten technischen Revolution beherrschten die kombinierten Betriebe in immer stärkerem Maße die Rohstoffenerzeugung. Die genannten Faktoren in Verbindung mit den Wirkungen industrieller Verbände, begünstigten weiter in stetig wachsendem Maße die Konzentration in der Rohmaterial- und Halbwareherstellung. Diese wird in der Hauptsache heute in Deutschland von dreißig kombinierten Werken beherrscht. Ihre Produktion umfaßt nämlich drei Viertel der gesamten Hohenofenleistung, die Stahlerzeugung ausschließlich, circa drei Viertel der Walzfabrikate, dazu ein Drittel der Steinkohlenförderung und beinahe die Hälfte der Holzproduktion. Nach Ausweis der Berufsgrößenstatistik waren im Jahre 1907 in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie rund zwei Millionen Arbeiter be-

Der Petroleumkampf zu Ende! Noch vor 14 Tagen forderte die österreichische Petroleumgesellschaft das Publikum auf, aus Patriotismus seinen Tropfen Öl vom amerikanischen Truht zu kaufen. Eine besondere deutsche Petriebrieggellschaft wurde gegründet, um die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft „besser bekämpfen zu können“, und jetzt — sind Verbrüderungs-verhandlungen im Gange. Die österreichischen und ungarischen Petroleumetablissemments haben Vertreter beauftragt, mit der Bevollmächtigten des Standard Oil Trustes, die schon einige Tage in Wien weilten, über die Form einer Art Interessengemeinschaft zu verhandeln. Die feindseligen Brüder werden schließlich hübsch gemeinsam die Konsumenten ausbeuten. Das, was die Österreicher vor einigen Wochen noch als ein ungerechtigtes: Ausschalten des russischen Handels, ein Terrorisieren der Konsumenten nannten, wird man aller Voraussicht nach in Zukunft mit dem Öltrust in friedlicher Gemeinschaft tun. Zum Einfließen mit den Interessen der Deutschen Bank ist ein Trust geschaffen worden, der die ganze Erde umspannt und souverän beherrscht. Nun kann die schrankenlose Ausbeutung der Konsumenten einsetzen.

nachfolgenden Jahr die Feuerstätte angelegt, die sich zu wärmen, ein Feuer angezündet, bei dessen Wärme er einschlief. Als er erwachte, sah er sich von Flammen umgeben. Er stürzte eilig fort. Da alle Tempel aus Holz bestanden und von oben bis unten mit brennbaren Stoffen angefüllt sind, dauerte es nur einen Augenblick, bis der Tempel flammlos in Flammen stand. Und obwohl sofort nach dem Ausbruch die Feuerwehr mit vierzehn Dampfspritzen in höchster Eile herbeikam, war er doch binnen einer Stunde mit allem, was er enthielt, bis auf den Grund niedergebrannt. Auch das dazu gehörige Kloster mit den Wohnungen der Mönche war vollständig vernichtet worden. Was dieser Verlust bedeutet, kann man erst ermessen, wenn man die Beschäfte des Heiligtums betrachtet. Die ursprüngliche Anlage stammt aus den allerersten Zeiten der

Radium in mehr
berühmte Chemiker
Cornwall Radium
sehrlichen Quantitäten
ruchten" aus London
ruchten analysiert,
Grube, die sich zu
setzt. Jede Tonne d.
Radiums ein Vie
schigen Preisstand
Schon in näher
Drittel Unzen zu



Ferner unsere
kannten Extrac

Sensationell

Illustration der
Ein brave
vergessend, das i
Carlo verprast,
Schusses aber er
zum Schluß sein

Kleine
Jedes Wort kostet n
der selten Uebersch
Anzeigen unter diese

Fahrer
sowie sämtliche Zubehö-
rthe, Luftschläuche,
Felgen, Pumpen u.
Engrospreisen. Die
Schienen- und Fahr-
m. b. H., Verkaufs-
straße 25.

Kinders
Sportwagen, sämtl.
Bürstenwaren empfie
Breiten Alfred Beutke

2678 **Aränte**
der kleine Matgeber
wendung von Heilfr
zu haben. Reform
sundheit*, Bahnhof
1585. Sonntags

en eine Belegkarte
d die drei größten
ix, und die besten
rten Erweiterungen
ischen Werke, deren
ederung von Kosten-
einheiten zwischen
erweitert, steht auch
e Wehrmacht zur

elengroßindustriellen
über dessen Grenzen
in Verbindung mit
e gemeinschaftliche
n ganzen Wirtschaft-
auf einseitig zur Be-
beiter, zur Nieder-
Verfälschung der
zur Fälschung jener
willige beilegt. Im
inen realistischen
im Bunde mit den
nfallig bei den Ver-
f die Schultern der
gegen jedes bishen

stende Organisation.
rung ist das Aus-
n Aufstieg der Ar-
astliche und soziale
wie vor die Parole
er Vermehrung der
es durch die geist-
Arbeiterkraft. Dar-
eletariat sich ge-
durch irreführende
uterinteressen mis-

r 14 Tagen forderte
Publikum auf, aus
ranischen Trüffeln
eischlich wurde ge-
etroiumgesellschaft
und Verbrüderungs-
hen und ungarischen
beauftragt, mit den
es, die schon einige
Interessengemein-
er werden schließlich
ten. Das, was die
in ungerechtfertig-
rifieren der Konjunkt
cht nach in Zukunft
un. Im Einklang
ein Trüffelschaff
sonderbar beherrsch-
r Konjumenten ein-

urt, 18. Mai. De-
esündliche Postaffäre
en hat ein Geständnis
re Postfälschungen von
dringend verdächtig,
nd Markt geöffnet und

burg, 18. Mai. Das
Wiedlung der Reuen
ur 10000 Mk. an den
worden sein. Herr
zur öffentlichen Auf-
abgelehnt werden, so
des Herrn Kamppe bei

Der Doppelkinder-
durch den Scharfrichter
gerichtet.

Eine tätige Eifer-
auf dem um diese Zeit
er selbst ab. Vor dem
er, Mitinhaber eines
ein junges Mädchen,
atte, einen Revolver-
schen mit einem aus-
üllte. Das Geschäß
änglich unbeteiligten
ers und verlor das
als er verhaftet wer-
Teiche und feuerle-
tertoppe verurteilt.
der schwer verletzte
hri werden.

Mai. In Thieres
erlust seiner kürzli-
en gräßlichen Selbst-
en Mund und brachte
zwanzig Meter weit

17. Mai. Dem
inem großen Pariser
stet, der beschuldigt
dem schon berichtet
bete ist angeblich die

In der Vorstadt
sch ein Unbekannter
abenpassanten schwer

ai. Nach den letzten
en Südtage wütete,
während die Zahl der
otio. Das größte
l seinem Weltreisen-
nt geliebt ist und
ten Kunstschätze und
b Rang in der Ver-
del im ganzen Osten
undschau" zufolge,
innen geworden. Die
e Privatbäuer in
er Erde. In dem
ein Vertreter in den
stet. Er hatte, um
ei dessen Wärme er
i Flammen umgeben.
s Holz bestehen und
offen angefüllt sind.
Temperaturlichter in
dem Ausbruch die
höchster Eile herbei-
t allem, was er ent-
uch das dazu ge-
önliche war vollständig
deuter, kann man erst
eiligtums betrachten.
allerersten Zeiten des

Buddhismus in Japan, aus dem 14. Jahrhundert. Der jetzt verbrannte Tempel war im Jahre 1598 erbaut worden. Seitdem hat er nicht nur in Tokio, sondern überhaupt in ganz Japan als der erste buddhistische Tempel gegolten. Sein Inneres barg unermessliche Schätze an alten Schriften, Statuen, Bildern und Weihgeschenken, deren Wert für die Geschichte der japanischen Kunst und Religion unerlässlich ist, und deren bloßer Stoffwert sich schon auf Millionen beläuft. Der bloße Sachschaden wird auf fast neun Millionen Mark geschätzt, und dabei ist er durch feinerlei Versicherung gedeckt.

Von der Luftschiffahrt. Berlin, 18. Mai. Mit dem Bau einer Halle für das bei den Siemens-Schubert-Werken im Bau begriffene Luftschiff ist bei Biesdorf in der Mark Brandenburg begonnen worden. Ueber das Luftschiff selbst wird bekannt, daß es bei 130 Metern Länge und 13 Metern Durchmesser einen Inhalt von rund 13000 Kubikmetern hat. Der Ballonraum ist durch Querschnitte in Sektionen zerlegt, in denen sich je ein Luftschiff befindet. Hierdurch soll erreicht werden, daß der Ballon bei Beschädigung einzelner Teile tragfähig bleibt. Das Luftschiff erhält drei Gondeln. In der vorderen und hinteren sind je zwei 125pferdige Motore aufgestellt, durch welche es eine Geschwindigkeit von 60 km erreichen kann.

Berlin, 18. Mai. Wie wir erfahren, steht die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft m. b. H. im Begriff, eine deutsche Luftschiffahrtsgesellschaft zu gründen, deren Finanzierung bereits gesichert ist und die ihren Sitz in Friedrichshagen haben wird.

Zum Tode verurteilt. Elbing, 18. Mai. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Invaliden Hein wegen Ermordung des Marienburger Bürgermeisters Dr. Kunze zum Tode.

Kleines Feuilleton.

Radium in mineralischen Abfällen. Sir William Ramsay, der berühmte Chemiker, hat jetzt offiziell bestätigt, daß sich in Cornwall Radium vorfindet, und zwar in verhältnismäßig ansehnlichen Quantitäten. Ramsay hat, wie den „Basler Nachrichten“ aus London mitgeteilt wird, eine Anzahl von Bleibenden analysiert, und zwar hauptsächlich aus der Trennabfälle, die sich zum Teil aus mineralischen Abfällen zusammenfassen. Jede Tonne des dort gefundenen Erzes dürfte nach der Ansicht Ramsays ein Viertelogramm Radium liefern, d. h. bei dem jetzigen Preisstand Radium im Werte von etwa 50000 Mk. Schon in naher Zukunft sei ein jährlicher Ertrag von zwei Drittel Unzen zu erwarten, was bei den jetzigen Preisen einem

Werte von fast zweieinhalb Millionen Mark gleichkommt. Der Gelehrte beabsichtigt, den Direktoren der „British Radium-Corporation“ nahezu legen, sofort Vorkehrungen zu treffen, um den wertvollen Stoff aus den Erzen von Cornwall auszubenten.

Kfz. Schädigungen nach Röntgenbestrahlungen. Mehr und mehr sieht man ein, daß die Röntgenbestrahlungen, namentlich des Kopfes, nicht immer harmlos für das Nervensystem, namentlich aber für das Gehirn, verlaufen. Auf dem 5. Kongreß der Deutschen Röntgengesellschaft wurden Beispiele dafür angeführt. Eine Frau, deren eine Kopfhälfte im Alter von 12 Jahren bestrahlt war, entwickelte sich nur trübselig weiter, obwohl es nur zu dauerndem Haarausfall gekommen war und sich keine Geschwüre gebildet hatten. Ferner wurden Beine von Röntgen gezeigt, die sogar nach noch geringerer Bestrahlung im Wachstum zurückgeblieben waren. Schwere nervöse Störungen traten bei zwei Patienten nach hochgradiger Röntgenbestrahlung auf. Ein am Kopfe bestrahltes Kindchen warf wiederholt nicht lebensfähige Junge und wies später Zeichen von Riesenwachstum auf. Bei einer Bestrahlung wegen Warzleiste hinter dem Ohr zeigten sich epileptische Zustände, sowie vorübergehende Sprachstörungen. — Diesen Ausführungen traten indes andere Ärzte auf dem Kongreß entgegen, die niemals Wachstumsstörungen bemerkt haben wollen. Durch Sammelvorführungen soll festgestellt werden, wie es in dieser Beziehung steht.

Briefkasten der Redaktion.

Hausberge. Wir halten Ihre Auffassung für die richtige. Nach § 3 des Invalidenversicherungsgesetzes sind Personen, welchen als Entgelt für die Beschäftigung nur freier Unterhalt gewährt wird, von der Versicherungspflicht befreit. Die Behörde wird den Betroffenen jedenfalls als Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft anzuzeigen haben.

Standesamts-Nachrichten.

Sieher. In der Zeit vom 1. bis 15. Mai sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:
Geburten: Söhne: Fabrikarbeiter Heinrich Kobusch, Sieher 125, Heuerling Aug. Doppeide, Sieher 28, Handarbeiter Heinrich Elbrächter, Sieher 14, Fabrikarbeiter Wilh. Schmitzer, Sieher 355, Fabrikarbeiter Adolf Möller, Sieher 136, Fabrikarbeiter Aug. Studmann, Sieher 89.
Töchter: Fabrikarbeiter Karl Linke, Sieher 323, Schlosser Otto Schneider, Sieher 36, Gemüschhändler Fritz Köning, Sieher 62, Müller Hermann Buchkämper, Sieher 319, Handarbeiter Rud. Niebuhr, Sieher 351, Schlosser Hugo Bornbaum, Sieher 108, ferner eine uneheliche Geburt.
Aufgebote: Fabrikarbeiter Ernst Schierembeck, Sieher 44,

und Arbeiterin Maria Lenoir, Bielefeld, Spinnereistr. 7, Maschinist Aug. Bratvogel, Nedlinghausen, Bruchweg 35, und Auguste Vogel, Sieher 207.

Verheiratet: Fabrikarbeiter Aug. Marfmann, Sieher 346, und Bertha V. t. ruy, Sieher 56, Hilfsarbeiter Heinrich Bachmeister, Sieher 179, und Emma Kühn, Schilde, Friedrichstraße 42, Tischler Gustav Bedmann, Sieher 61, und Luise Kramme, Sieher 305, Fabrikarbeiter Gustav Knoke, Sieher 290, und Anna Lustmeyer, Sieher 166, Fabrikarbeiter Friedrich Kape, Bielefeld, D. Str. 10a, und Amanda Stöling, Sieher 174, Badermeister Aug. Stenner, Sieher 352, und Auguste Kiefer, Theesen 33, Fabrikarbeiter Friedrich Puls, Sieher 255, und Helene Kume, Sieher 255.

Gestorben: Invalidenrentenempfänger Friedrich Wilhelm Gwendolf, Sieher 39, 69 J., Ehefrau Karoline Udermark geb. Nagat, Sieher 236, 32 J., Witwe Hanne Sophie Bedmann, geb. Hülsmann, Sieher 63a, 86 J.

Herford.

Tagesordnung

für die am Freitag, den 21. Mai 1909, nachmittags 3 Uhr, stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Revision der Rechnung der Kanalbaukasse 1907.
2. Beantwortung der Erinnerungen zur Rechnung der Strahenerbreiterungskasse 1907 und Antrag auf Entlastung.
3. Vorlagen, betr.:
 - a) Änderung des § 4 der Luftfahrtssteuerordnung vom 23. Februar 1909.
 - b) Änderung des § 7 der Ordnung über die Erhebung von Standgeldern an Wochenmärkten usw. vom 30. Dezember 1901.
 - c) Erhöhung des Beitrages zu den Unterhaltungskosten der Stadibadionissinnen um 273,75 Mk. aus Titel XII B 1909.
 - d) Genehmigung eines Vergleichs in der Klage des Kaufmanns Herzfeld gegen die Stadt wegen Entschädigung.
 - e) Aufhebung der Nachtlinie für die A-L-Straße zwischen der Wälgerrstraße und der Berre.
 - f) Austausch der Parzelle Nr. III Nr. zu 2171/0,216 gegen die Parzelle Nr. III Nr. zu 2080/265 pp.
 - g) Ergänzungswahl der 1. Abteilung der Stadtverordneten.

Herford, den 15. Mai 1909.
Der Stadtverordnetenvorsteher. Lüden.



Heute Gala-Fest-Programm!

Biophon-Theater

Aufsehen erregend: Eine Steeplechase in England.
Ein sensationeller Film, bei welchem mehrere lebensgefährliche Stürze vorkommen.
England ist das Land der besten Pferde und der größten Rennen. Dieses Bild, einzig in seiner Art, zeigt das größte englische Rennen, das zugleich das gefährlichste ist. In einer Länge von 10 Kilometern = 10000 Metern wird dasselbe nicht auf einer Bahn geritten, sondern geht frey und quer durch das Gelände. Wo ein Hindernis ist, muß das Pferd hinüber. Gräben, Seelen, Steinmauern, Erdwälle, immer nur vorwärts. Man sieht nicht weniger als 8 schwere Stürze. Von 20 Pferden kommt nur noch die Hälfte am Ziel an. 10 Apparate waren in Tätigkeit, um dieses Rennen aufzunehmen. Die festgenagelt hatten die Augen an diesem Bild, denn jeder Augenblick bringt einen neuen, nerven-erregenden Moment. Ein Bild von bleibendem Wert.

Neu! Es lebe die Freiheit!
— Humoristisch. —
Ergreifendes Drama.
Neu! Das Geheimnis
— Hochdramatische Handlung! —
Janstfilm! S. C. A. G. L. Kunstfilm!
Die Rache des Friseurs
oder: Ein wahres Genie verleugnet sich nie.
Schonhörer Schlager ersten Ranges.
Gespielt v. d. besten Künstlern Barier Bühnen.

Neu! Eine Münz-Sammlung.
Sensibel koloriert! Vorzügliche Vorführung!
Hochinteressante Erfindung! Noch nie gesehen.
Wie man auf dem Wasser läuft
Der Mensch, der die Lust neuerdings zu seinem Element erwählt hat, fühlt sich seit alters her nicht nur auf der Erde, sondern auch auf dem Wasser heimisch. In den Vorrichtungen, die er sonst dafür in Anspruch nimmt, kommen in Schweden, wie uns unser Bild zeigt, Wassertische in Form von Schneeschuhen, die dem gewandten Mann ermöglichen, auf d. Wasser im vollen Sinne des Wortes „spazieren“ zu gehen.

II. deutsches Künstler-Drama!

Das grosse Los!

Illustration der Macht des Geldes. Großes Kunst-Drama von Herrn Volten-Bäders. Gespielt von ersten Künstlern der Berliner Bühnen.
Ein brauner Tischlermeister wird durch den Gewinn des großen Loses in einen wahren Zauber verlegt, in welchem er, Weib und Kind vergessend, das ihm durch das Glück in den Schoß gefallene Geld auf alle erdenkliche Weise mit leichten Damen auf der Rennbahn, in Monte Carlo verprascht. Bis er aller Vorräte ledig zum Revolver greift, um seinem verfluchten Leben ein Ende zu machen. Durch den Knall des Schusses aber erwacht er und man sieht, daß alles nur ein böser Traum war. Man freut sich mit dem Geldes des Stückes, wenn dieser zum Schluß sein heiliges Baby auf den Armen schaukelt.

Nur noch heute als Einlage: „Eisenbahnunglück in Herlisheim“.
Kinder von 2-4 Uhr 10 Pfg.
Unser Theater ist ausgezeichnet ventiliert, bietet deshalb auch an heißen Tagen angenehmen kühlen Aufenthalt.

Die Direktion.

Für die Gesundheit Ihrer Kinder

ist nichts zuträglicher als der regelmässige Genuss von

Reese. Pudding

weil knochenbildende Bestandteile darin enthalten sind. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich nur das echte Reeses Puddingpulver sowie ebenfalls echt Reeses Vanillinzucker.

Reese-Gesellschaft Hameln.

Nachdruck verboten.

Bodizeits-Einladungen

fertigt schnell und sauber an
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Ozonit

Modernstes Waschmittel
— Deutsches Reichspatent —
ist ein ganz neuartiges und eigenartliches Waschmittel von überraschender Wirkung, dabei garantiert frei von Chlor und allen sonstigen schädlichen Bestandteilen.
Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) G. m. b. H. in Düsseldorf.

Kleine Anzeigen-Gefe.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg. in der ersten Nummer 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Fahrräder, sowie sämtliche Zubehöre, als Lauf- beden, Luftschläuche, Ventile, Pumpen Folien, Pumpen usw., zu billigen Engrospreisen. Bielefelder Radma- schinen- und Fahrrad-Industrie G. m. b. H., Verkaufslager: Friedrich- straße 25. 1982	Tapeten hat 15 Pfg. bis 1.40 Mk. jeht 6 bis 60 Pfg. Einmolemläufer und Wandstiche in bester Qualität, Meter 1.10 Mk. Einmole, Meter 60 Pfg. Farbige für Fußboden, 2 Pfg. 1.20 Mk. Fußbodenfarbe in Pulver, Pfd. 18 Pfg. Jede gewünschte Farbe in jedem Ton. Tapetenhaus Rich. Lindenberg, jetzt Kaiserstr. 4, Ecke Allee. 2786*	Farben, Lacke, Pinsel, sowie sämtliche Maler- bedarfsmittel billig. Volle Garantie für Dauerhaftigkeit, Glanz und Härte. Fußbodenlackfarben per Kilo 1.40 Mk. Ludwig Knepper, Mühlenstraße 1, Zentrum 1472. 2674*	Bekanntmachung! Getragene Anzüge, Hosen, die hoch- modernen Damenkleider, Uhren u. Ketten kaufen Sie nur am billigsten und reellsten bei Wilhelm Meier, Kleiststraße 19. 2505*	Schmiede, weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl. sollen räumlichsauber für jeden nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Feine, Kleiststraße 57. 2438*	Kaffee. Mein jahrgelungelanger bekannter und beliebter gebr. Plantagenkaffee, pro Pfund 1 Mark, bleibt unübertroffen. Beweis: Das gleichzeitige Urteil aller Damenkreise, sowie der häufig steigende Umsatz. Wer nicht probiert — verliert! Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße Nr. 28, Nebelstraße. 2578*
Kinderräder, 2569*	Kinderräder, 2569*	Fahrräder, 2737	Herde, Defen und Hausheutungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teil- zahlungen, empfiehlt C. Bratemeier, Kleiststraße 72, gegenüber der Schule. 2067	Anzüge, 2751*	Anzüge, 2751*
Kinderräder, 2569*	Kinderräder, 2569*	Fahrräder, 2737	Herde, Defen und Hausheutungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teil- zahlungen, empfiehlt C. Bratemeier, Kleiststraße 72, gegenüber der Schule. 2067	Anzüge, 2751*	Anzüge, 2751*
Kinderräder, 2569*	Kinderräder, 2569*	Fahrräder, 2737	Herde, Defen und Hausheutungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teil- zahlungen, empfiehlt C. Bratemeier, Kleiststraße 72, gegenüber der Schule. 2067	Anzüge, 2751*	Anzüge, 2751*

Gelegentlichkauf! Wegen Abbruch des Bielefelder Musikwaren-Hauses, Bahnhofstraße 40a, werden sämtliche Grammo- phone, Schallplatten, Goldschall- und unzählbare Lambertonen, Zieh- harmonikas, Mandolinen, Gitarren, Zithern, Geigen, Musikwerke, Auto- maten usw. mit 20% Rabatt aus- verkauft. 2835*	Mäntelerei. Bitte das Fleisch abholen zu wollen. da ich für keinen Schaden aufkommen kann. S. Brand, Sparrenberg- Promenade. 2831*	Dukend 30 Pfg. Lisse und jastige Apfelmögen, Jacob, Hagenbrucher 2b, neben Gebrüder Kaufmann. 2845*	Getragene 2769* Herren- und Damen-Garderoben, Schuhe usw. gebe billigt ab. Postle. Niederwall, neben Hauptmann.	Amelencier 2806* jede Woche frisch zu haben Teuto- burgerstraße 12, part.	Brackweder Schulager. Solange der Vorrat reicht billige Verkaufstage für alle Artikel. Bitte Schaufenster beachten. S. Hoff, Schuhmachermeister. 2717
Gier 55, frische, Wiebros, Heeper- und Kaiser- straßen-Gefe. 2777	Erbsenbraten 2721* billig bei Detert, Jöllenbenderstr. 37.	Getragene 2843* Jadett-Anzüge, Hosen, Damenkleider und Schuhe kaufen Sie am billigsten bei Herrn. Blinne, Kleiststr. 81.	Schirme werden repariert und überzogen Blumenstraße 12. 2824*	Sportwagen, Gelegentlichkauf, billig abzugeben Kleiststraße 36. 2820*	Entlaufen 2842* deutscher Schäferhund. Gegen Be- lohnung abzugeben Bielefeld, am Bürgerweg 50. Vor Ankauf wird gewarnt. 2830*
Gier 55, frische, Wiebros, Heeper- und Kaiser- straßen-Gefe. 2777	Erbsenbraten 2721* billig bei Detert, Jöllenbenderstr. 37.	Getragene 2843* Jadett-Anzüge, Hosen, Damenkleider und Schuhe kaufen Sie am billigsten bei Herrn. Blinne, Kleiststr. 81.	Schirme werden repariert und überzogen Blumenstraße 12. 2824*	Sportwagen, Gelegentlichkauf, billig abzugeben Kleiststraße 36. 2820*	Entlaufen 2842* deutscher Schäferhund. Gegen Be- lohnung abzugeben Bielefeld, am Bürgerweg 50. Vor Ankauf wird gewarnt. 2830*

Kinematographen-Theater „Zur alten Post“

Bielefeld, Bahnhofstrasse Nr. 2.

PROGRAMM:

Der lehrtrische Unterricht.
Humoristisch.

Das Recht.
Humoristisch.

Der Doppelgänger.
Humoristisch.

Die Liebe.
Tragisch.

Die Rache.
Tragisch.

Die schöne Nizzanerin.
Herrlich koloriert.

Der sardinische Brigant.
Tragisch.

Tonbild.
???

D. M.-V.

Unser

Verwaltung Bielefeld.

Mai-Ausflug

findet am Himmelfahrtstage durch die Osningberge nach C. Schröder, Brackwede, statt.

== Treffpunkt 6 Uhr an der Kreisparkasse. ==

Zahlreiche Beteiligung der Kollegen erwartet

2819

Die Ortsverwaltung.

Kaiser-Wilhelms-Platz

heute Mittwoch und Donnerstag je

2 grosse Haupt-Vorstellungen.

Anfang nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.

Außerdem täglich abends 8 1/4 Uhr:

Grosse Kapazitäten-Vorstellung.

Nach Schluß einer jeden Vorstellung Besteigung des hohen Drahturmseiles, wo die unglaublichen Produktionen ausgeführt werden.

Zu diesen außergewöhnlichen Vorstellungen ladet ergebenst ein

2838 Kap. J. Strohschneider.

Heinr. Bewekenhorn,
Bürgerweg 50. 1640
Donnerstag, 20. Mai: **Ball.**

Hellingskrug!
Am Himmelfahrtstage: 2847
Grosse humoristische Unterhaltung
4 Herren. Entree frei! 2 Damen.
Es ladet ein Ed. Schürmann.

Grosse Kurfürsten-Halle!
2829 Himmelfahrt und Sonntag, den 23. Mai:
TANZ.
Es ladet ein Fritz Risch.

W. Tuxhorn, Bleichstrasse.
1641 Am Himmelfahrtstage:
TANZ.
Es ladet freundlichst ein W. Tuxhorn.

Am Donnerstag, Himmelfahrt, den 20. Mai: 2832
TANZ.
Hierzu ladet freundlichst ein W. Vogt, Hallerweg.

Restaurant Karl Schröder, Brackwede.
Am Himmelfahrtstage: 2844

TANZ.

Auf zum Eggekrug!

Himmelfahrt, den 20. Mai:
Große Doppel-Parussellbelustigung.
Hierzu laden freundlichst ein 2827
A. Fettkötter u. d. Besitzer.

Persil
Das vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
von unerreichter Wirkung. Pakete à 35 u. 65 Pf.
Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“.

Zentral-Theater

Inh.: Julius Kaiser.

Um vielseitigen Wünschen gerecht zu werden
Donnerstag (Himmelfahrt), den 20. Mai 1909
in beiden Vorstellungen

Das Ende eines Falschmünzers.

Kriminal-Romäne von A. Belmann.

Prachtvolle Dekoration:
In den Katakomben von Paris.

Vor 11 1/2 - 1 Uhr: **Matinee.**

2837 Nachmittags 4 und abends 8 Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung.

Willy. Busch Album.

1. Die fromme Helene.
2. Abenteuer eines Jungesellen.
3. Fipps, der Affe.
4. Herr und Frau Knopp.
5. Pulchen.
6. Die Haarbeutel.
7. Bilder zur Johstade.
8. Der Geburtstag oder Die Parikularisten.
9. Bideldum.
10. Witsch und Plun.
11. Baldini Bählamm.
12. Vater Filicinus.
13. Vater Filicinus.

Preis: Rn. 1-3 à 1.80 Mk.,
Rn. 4-13 à 1.25 Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Notizbücher

in allen Größen
— gutes Papier —
zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht“.



Dieser Anzug
aus solidem Buckin,
braun oder grau, kariert oder
gestreift,
kostet nur 13 Mk.

Spanier,
Niedernstr. 8.

Hansa-Backpulver



ist das Beste!
Stahmer & Wilms
Hamburg
Für 50 Messabons erh. Sie eine
Dose ff. Kakesgr. u. fr. v. u. Verfr.



Dieser Anzug
aus gutem Cheviot,
braun, grau, blau, uni oder ge-
mustert,
Jaquett auf 3 Knopf gearbeitet,
vorn edig, mit Rückenstich,
kostet nur 19 Mk.

Spanier,
Niedernstr. 8.

In der Buchhandlung Volkswacht
ist zu haben:
Der Pope Gapon
und seine Rolle in der
russischen Revolution.
Erinnerungen und Eindrücke
von
Leo Deutsch.
Uebersetzt von S. Grumbach.
Preis 25 Pfg. Porto n. ausw. 3 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. 2839

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Gadderbaum. Sonntag, den 23. Mai,
vormittags 10 Uhr, bei Brackfiet, Hallerweg. Tages-
ordnung: Vortrag des Genossen Schreck.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-
Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.



Dieser Anzug
aus la. Kammgarn oder Cheviot
in modernen Streifen oder Karos,
engl. Jasson, 2849

kostet nur 25 Mk.
Spanier,
Niedernstr. 8.

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Donnerstag, 20. Mai, (Himmelfahrt):
Eröffnungsvorstellung.

Novität! Zum 1. Male: Novität!
Wo wohnt sie denn?
Schwanz mit Gefang in 3 Akten von
Aren und Dronowski.
Erfolgreichstes Repertoirestück
des Thalia-Theaters in Berlin.
Anfang präzise 8 Uhr. 2845

Freitag, den 21. Mai 1909:
Die Kameliendame
Dramatisches Gemälde in 5 Aufzügen
von A. Dumas Sohn.
— Anfang 8 1/4 Uhr. —

Restaurant „Jägerhof“.

Goldschne 12. 2839
Am Himmelfahrtstage
erstklassiges Mandolinen-
Konzert mit Klavierbegleitung.
Matinee von 11 1/2 - 2 Uhr.
Nachmittags von 4 - 11 Uhr.
Entree frei! Bier 10 Pfg.
Es ladet ergebenst ein
J. A. Herm. Borgstadt.

Fr. Werpel, Herford
Vortell. Bezugsquelle samtl.
Musik-Instrumente
allen für
Verce, Orchester, Schule u. Haus.
Eigene Reparaturwerkstatt.

Möbel Brautleute

kaufen ihre 2897
Wohnungs-Einrichtungen
am vorteilhaftesten im
Spezialhaus

H. W. Knoop
83 Herforderstrasse 83
Ecke Schildescherstrasse. Ecke Schildescherstrasse.

Einzel-Möbel-Anfertigung
aller Art sehr preiswert und billig.

Herford.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, entschieß
nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater,
Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel
Louis Good
im Alter von 50 Jahren. — Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
Salzgrabenstraße 283 statt. 2827

Arbeiter nicht drin
warnen.
Detmold, 18.
schritts bog an,
zum Vereins im
liefer werden. De
Sonntag, 23. Mai,
welcher Genosse B
hoffentlichsbeweg
hierzu beim Genoss
den. Es wird er
brauch zu machen
wird. Namentlich
e. Detmold, 18.
Sitzung dauerte
ordnung 2 1/2 Stun
Kolleg beschloßen
reinigung erst na
darüber schließli
ordentliche Rechn
Marl abschließl
ganzen Etat. Es
beträge Einkomm
Gaseinheitsp
Gastionum soll du
der weit gemacht
Vorlage sehr ein
Kochgasabnehmern
teil erwachen wür
waltung könne ein
Gasmesser gepart
gaspreises der Ver
der Ueberstuh der
Die Debatte war
Sieg und Reher,
beläften wollten du
sämtliche Stadtver
preises von 12 P
Gaswert alles au
Elektrizität, die fi
Stadtverordneten
wert Eigentum de
haben den Anschlu
für Motore (ehm
lagen zu Heizmed
der Gastommission
ber 10 Pfg. für A
den Einheitspreis
führen. Das Gas
chm. — In 2. Se
Tatruhofes an der
gemeinde Detmold
städtischen höherer
den Magistrat un
larte frommer A
balanten Verbräuch
Turnhalle. Die C

Ein Reinsfall de
Som Schöfengeri
Schneider von
Zeit zu 30 Mt. Ge
Wie ein Brief
bandes kritisiert,
war und dieses a
Arbeiter zu infer
Reichslügenverba
fich die Reiter der
Stegmann und M
führten. Der Brie
preffe beproben
Urteile ergangen.
Hamburg kam ma
hat nun die beide
ärger, das Genos
Sache betrachten,
mehr, als die Ver
Genossen Schneid
weitesten Nähe
sonders in Schutz
Beileidigung. Die
Genosse Schneider
hat die Straßlam
Der Verteidiger
höhung der Straß
bei 30 Mt. — A
Genosse Schneider
Interessen hinaus
heftlicher Mißver
ktion des Reich
kläglich geendet
Aus der Ver
Kämpfers Stegman
des Reichsverband
Hauptstelle seine
ganze Anzahl S
boten hätten, dem
sozialdemokratisch
nlo. zu liefern
Antwort gewürd
händlers wahr se
für die Parteige
irransperionen
f. in neuerer
macht.
Ein neues Ba
versammlung de
für Regen a b
blattes für den
Meierat des Gen
am 1. Oktober 1
Reichsbura her
fange von vier
schämen, die aud
Gew
Auf der holl
fabrik in Läger
genommen wer
auf Grund von
Gemeindevertr
harte. Nachdem
Arbeit beschloß
auf Augenblick
behalte. Ein
beitern verlange
Niederanstellun
Montag, den 17.
sammlung einfl
Streit dauert, ei
von Arbeitern o
halten!
Streit der
abends, 15 Mt.
mann und Gebr
Die Arbeiter ve
Küher zu bearb

Verein
Druck. 2839
ungen:
den 23. Mai,
erweg. Tages-
n Mitglieder:
Vorstand.
theater.
Tonhalle.)
ai, (Simmelfahrt):
vorstellung.
Male: Novität!
sie denn?
g in 3 Akten von
fontowski.
Repertoirestück
ers in Berlin.
ife 8 Uhr. 2845
Mai 1909:
liendame
de in 5 Aufzügen
das Sohn.
1/2 Uhr. —
Jägerhof
se 12. 2839
fahrtstage —
Mandolin-
vierbegleitung.
11 1/2 — 2 Uhr.
on 4—11 Uhr.
ier 10 1/2 g.
ebenst ein
Borgstadt.
l, Herford
2835
quello samtl.
trumente
n für
Schule u. Haus.
erwerkstatt.
ute
2697
htungen
ten im
oop
se 83
hildescherstrasse.
ertigung
und billig.
r, entlieh
uter Vater,
bitten
eben.
ttags 4 Uhr.
2827

Arbeiter nicht dringend genug vor dem Beitritt zu dieser Kasse warnen.

Detmold, 18. Mai. Konsumverein. Die Unter-
schriftsbogen, welche zur Gründung eines Kon-
sumvereins im Umlauf sind, müssen umgehend abge-
liefert werden. Ferner verweisen wir auf die Versammlung am
Sonntag, 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der „Centralhalle“, in
welcher Genosse Beder-Lemgo referiert über das Thema: „Ge-
nossenschaftsbewegung und Kleinhandel“. Die Handzettel können
hierzu beim Genossen Egan, Krummelstr. Nr. 4, abgeholt werden.
Es wird erwidert, in der ausgiebigen Weise hiervon Ge-
brauch zu machen, damit ein zahlreicher Besuch herbeigeführt
wird. Namentlich sollten Frauen sich recht zahlreich einfinden.

Detmold, 18. Mai. Die gestrige Stadtverordneten-
Sitzung dauerte trotz der nur 4 Punkte umfassenden Tages-
ordnung 2 1/2 Stunden. Abschluß des Etats. Nachdem das
Kolleg beschloffen hat, die Verteilung der Kosten der Straßen-
reinigung erst nachdem sich die Bau- und Finanzkommission
darüber schlüssig geworden ist, zu beraten, wurde die außer-
ordentliche Rechnung, die in Einnahme und Ausgabe mit 60 500
Mark abschließt, genehmigt. Darauf genehmigte das Kolleg den
ganzen Etat. Es werden für kommunale Zwecke 10 Monats-
beträge Einkommensteuer erhoben. Einführung eines
Gaseinheitspreises von 12 Pfg. Der zurückgegangene
Gastronomie soll durch die Einführung des Einheitspreises wie-
der wett gemacht werden. Der Gasdirektor soll begründete
Vorlage sehr eingehend, dabei nachweisend, daß den meisten
Kochgasabnehmern, die gleichzeitig Leuchtgasabnehmer sind, Vor-
teil erwachsen würde. Eine Vereinfachung der ganzen Ver-
waltung könne eintreten. Es wurden allein für 15 000 Mark
Gasmesser gekauft. Sollte durch die Herabsetzung des Leucht-
gaspreises der Verbrauch um das Doppelte steigen, dann würde
der Ueberfluß der Stadt die Höhe von 72 000 Mark erreichen.
Die Debatte war eine lebhaft. Mit Ausnahme der Stadtr.
Sieg und Reher, die die Abnehmer von Kochgas nicht mehr
belasten wollten durch die Erhöhung von 10 auf 12 Pfg., sprachen
sämtliche Stadtverordneten für die Einführung des Einheits-
preises von 12 Pfg. Ratsherr Watermann betonte, daß das
Gaswerk alles aufbieten müsse gegenüber der Konkurrenz der
Elektrizität, die sich in privaten Händen befinde. (Wenn die
Stadtverordneten gewollt hätten, könnte auch das Elektrizitäts-
werk Eigentum der Stadt sein. Aber die Herren Stadträte
haben den Anblick verkehrt.) Eine Anregung, außer dem Gas
für Motore (schon 10 Pfg.) auch das Gas für gewerbliche An-
lagen zu Herabsetzen mit 10 Pfg. pro cbm zu berechnen, wurde
der Gascommission überwießen. Das Kolleg beschloß, statt bis-
her 10 Pfg. für Kochgas und 16 Pfg. für Leuchtgas, ab 1. Juni
den Einheitspreis von 12 Pfg. für Koch- und Leuchtgas einzu-
führen. Das Gas für Motore kostet wie bisher 10 Pfg. pro
cbm. — In 2. Lesung genehmigte das Kolleg den Verkauf des
Leinwandhofes an der Bergstraße für 10 000 Mark an die Schul-
gemeinde Detmold ohne Debatte. — Die Interessenten der
städtischen höheren Mädchenschule haben in einer Eingabe an
den Magistrat und die Stadtverordneten eine lange Scheiter-
tarie frommer Wünsche abgelesen über die Forderung einer
einfachen Lehrstelle und den Zustand der Turnhalle und der
Turnhalle. Die Eingabe wird dem Schulvorstande überwießen.

Parteiannährten.

Ein Reinsfall des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.
Som Schöffengericht in Straßburg war Genosse Hebeater
Schneider von der Straßburger „Freien Presse“ vor einiger
Zeit zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte in scharfer
Weise einen Brief der Straßburger Ortsgruppe des Reichs-
verbandes kritisiert, der an ein Mitglied des Verbandes gerichtet
war und dieses aufforderte, in der „Freien Presse“ nicht um
Arbeiter zu infizieren. Besonders waren es die Ausdrücke
„Reichsverband“ und „Reichsvereinsgenosse“, durch die
sich die Leiter der Straßburger Ortsgruppe, Militärbanquier
Stegmann und Rechtsanwalt Bickelmeier getränkt und beleidigt
fühlten. Der Brief wurde ferner in der ganzen deutschen Partei-
presse besprochen und es fand im Verlauf der Angelegenheit mehrere
Urteile ergangen, alle höher als das Straßburger Urteil; in
Hamburg kam man sogar zu einer Geldstrafe von 300 Mk. Es
hat nun die beiden Reichsverbände in Straßburg scharf ge-
regert, daß Genosse Schneider, den sie als Urheber der ganzen
Sache betrachten, am niedrigsten bestraft worden ist. Um so
mehr, als die Begründung des schöffengerichtlichen Urteils dem
Genossen Schneider die Wahrung berechtigter Interessen im
weitesten Maße zuerkannte und den Reichsverband nicht be-
sonders in Schuß nahm. Es verurteilte nur wegen formaler
Beleidigung. Die beiden Reichsverbände legten Verurteilung ein.
Genosse Schneider Anklagebefreiung. Am Sonntag, 15. Mai,
hat die Strafkammer in Straßburg beide Verurteilungen verworfen.
Der Verteidiger des Reichsverbandes hatte eine kühnere Er-
höhung der Strafe beantragt; er fiel damit ab. — Es bleibt also
bei 30 Mk. — Die Begründung des Urteils führte aus, daß
Genosse Schneider über das Maß der Wahrung berechtigter
Interessen hinausgegangen sei, daß ihm aber eine Menge er-
heblicher Milderungsgründe zur Seite stehen. — Die große
Affektion des Reichsverbandes für Unwahrheiten hat also höchst
kluglich geendet.

Aus der Verhandlung sei eine auffällige Bemerkung des
Mägers Stegmann, Schriftführer der Ortsgruppe Straßburg
des Reichsverbandes, erwähnt: Er erklärte, es sei ihm von der
Hauptstelle seines Verbandes mitgeteilt worden, daß sich eine
ganze Anzahl Sozialdemokraten in Vertrauensstellungen ange-
boten hätten, dem Reichsverband gegen Verabreichung Internes an
sozialdemokratischen Sitzungen, Material über die Sozialdemokratie
u. s. w. zu liefern. Diese Angebote würden aber niemals einer
Antwort gewürdigt. Wenn diese Bemerkung des Reichs-
verbänders wahr sein sollte, dann ist das ein erneuter Ringen
für die Parteigenossen allerorts, bei der Auswahl der Ver-
trauenspersonen sehr vorsichtig zu sein, besonders deshalb, weil
in neuerer Zeit das Spitzelwesen wieder stärker bemerkbar
macht.

Ein neues Parteiblatt. Am Sonntag hat sich eine General-
versammlung des Sozialdemokratischen Vereins
für Regensburg mit der Schaffung eines eigenen Partei-
blattes für den Wahlkreis beschäftigt. Nach einem einleitenden
Bericht des Genossen Adolf Müller-München wurde beschlossen,
am 1. Oktober 1909 ein eigenes Parteiblatt für den Wahlkreis
Regensburg herauszugeben. Das Blatt wird täglich im Um-
fange von vier Seiten als Kopialat der „Münchener Post“ er-
scheinen, die auch den Verlag übernimmt.

Gewerkschaftsbewegung.

Auf der holländischen und Breitenburger Vorstandsgemein-
schaft in Lägerdorf sollte Montag früh die Arbeit wieder auf-
genommen werden. Die Streikenden hatten diesen Entschluß
auf Grund von Verhandlungen gefaßt, die der sozialdemokratische
Gemeindevertreter Hünke mit einem der Direktoren gehabt
hatte. Nachdem jedoch die Arbeiter die Wiederaufnahme der
Arbeit beschloffen hatten, erklärte der Direktor, daß er sich
auf Zugeständnisse nicht einlasse und sich Maßregelungen ver-
behalte. Einem Meister erklärte er, daß er von den alten Ar-
beitern verlange, jeder einzelne solle bei ihm persönlich um
Wiederaufstellung bitten. Darauf haben die Streikenden am
Montag, den 17. Mai, in einer von 300 Personen besuchten Ver-
sammlung einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen. Der
Streik dauert, entgegen allen anderen Meldungen, fort. Zugang
von Arbeitern aller Branchen der Zementindustrie ist fernzu-
halten!

Streik der Damenfilzarbeiter in Breslau. Am Sonn-
abend, 15. Mai, haben in Breslau bei den Firmen Rabatt u. Gut-
mann und Gebr. Demmann 100 Putzfrauen die Arbeit eingestellt.
Die Arbeiter verlangten für die künftige sehr großen und
schwer zu bearbeitenden Damenhüte Lohnzulagen. Die Unter-

nehmer erklärten erst, zu Verhandlungen hätten sie keine Zeit,
später legten sie einen Gegentarif vor, der ganz geringe Erhöhungen
und reduzierte Stücklohnpreise enthielt.

Da die Unternehmer demütigt waren, die Erhebung der Dis-
senzen hinausgeschoben, stellten die Arbeiter die Arbeit ein.
Streikbrecheragenten suchen nun in Dresden und anderen Orten
Arbeitswillige zu werben. Zugang nach Breslau ist fernzuhalten.

Der Streik im Zementwerk im Laufen a. N. ist, wie wir be-
richtigend mitteilen müssen, noch nicht allgemein beendet. Nur
für die wenigen dort beschäftigten Maurer ist die Lohnfrage
geregelt, die Arbeiter dagegen, 145 an der Zahl, befinden sich
noch im Ausstand. Da wenig Streikbrecher zu verzeichnen sind,
ruht der Betrieb fast vollständig. Die Löhne sind dort ver-
nünftig, doch Zugang von Arbeitskräften kaum zu befürchten ist.

Der Streik in der Hausmüllverwertungsgesellschaft in Puch-
heim bei München ist durch Abschluß eines Tarifvertrages zu-
gunsten der Arbeiter beendet.

Eine Reformleistung im Versand schwarzer Listen hat der
Gesamverband Deutscher Metallindustrieller in der Zeit vom
5. bis 10. Mai fertiggebracht. Nicht weniger als 18 derartige
Listen sind herausgegeben!

Die Sperre über die Arbeiter der chemischen Firma „Union“,
die den 1. Mai durch Arbeitsruhe gezeigert hatten, wird aufge-
hoben. Ferner wird Mitteilung über die Beendigung des Streiks
bei der Firma Lüneburger, Ferd. Schulz u. Co., Lüneburg a. d. E.,
gemacht. — Eine Anzahl Listen sind durch die Maifeier ver-
anlaßt. Aus Hamburg und Umgebung werden von 190 Holz-
arbeitern, die wegen der Maifeier ausgesperrt wurden, die Perso-
nalien angegeben. 59 Schlossergesellen aus Hamburg und
Umgebung werden aus dem gleichen Grunde in Veruruf gebracht.
Das gleiche Schicksal trifft 10 Formier- und Gießerarbeiten in
Seidenroda und 9 Kiefergesellen in Hamburg.

Differenzen im Baugeverbe behandeln nachfolgende Listen:
40 Zimmergesellen in Stade, deren Personalien angegeben sind,
sollen widersprüchlich in den Ausstand getreten sein, ohne die
Entscheidung der Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeit-
nehmerorganisation abzuwarten. — Als Ergänzung der letzten
Veröffentlichung über den Streik im Baugeverbe in Binnberg
werden die Namen von drei Maurern mitgeteilt, weil sie sich in-
zwischen den Ausständigen angeschlossen haben. Dasselbe Ver-
brechen haben vier Zimmerer und 8 Hilfsarbeiter in Binnberg
begangen, deren Namen gleichfalls bekannt gegeben werden.

In Elmhorn sind 22 Malergesellen in den Ausstand ge-
treten. Auch hier fehlen die Namen nicht. — Weil der Fabrik-
arbeiterverband es ablehnte, den bisherigen Tarifvertrag in
einer chemischen Firma in Frieleheim (Baden) zu erneuern,
sperre die Firma 19 Arbeiter aus und brachte sie durch An-
gabe ihrer Personalien in Veruruf.

Wo im Bunde der Scharfmacher alles vertreten ist, darf selbst-
verständlich die Metallindustrie nicht fehlen.

Wegen der Forderung zur Erhöhung des Lohnes und Ab-
schaffung der Akkordarbeit kam es in einer Eisenblechfabrik in
Wandsbeck zum Streik. Die Forderungen können (?) von der
Firma nicht bewilligt werden. 23 Formier-, Kermacher und
Gießerarbeiten in Wandsbeck werden durch Angabe ihrer
Personalien in Veruruf gebracht, weil sie freitreten. Im In-
dustriebezirk Hagen sind bekanntlich anlässlich eines Streiks
der Schmiede ernste Differenzen ausgebrochen. Die Unter-
nehmer haben die Ausperrung der übrigen Arbeiter angekündigt.
Beigelegte Listen geben Auskunft über die Ausbreitung der
Differenzen.

Wegen der Weigerung, Streikarbeit zu machen, streikten bei
einer Firma in Hagen i. W. 28 Schmiede und Zuschläger. Die
Personalien sind angegeben. Die Firma kündigte infolgedessen
den übrigen Arbeitern. Die dem Kundendienst beistehende An-
lage enthält die Personalien von 110 Arbeitern, darunter auch
die der Lehrlinge. Auch bei einer anderen Firma in Hagen in
Westfalen wurde nach gleichem Muster verfahren. Weil 29
Schmiede und Zuschläger freitreten, wurde den übrigen 104 Ar-
beitern gekündigt und sämtlich durch Angabe ihrer Personalien in
Veruruf gebracht. Dasselbe wird noch von zwei Firmen aus
Hagen i. W. gemeldet, wo wegen Verweigerung von Streikarbeit
wegen Streiks 32 bzw. 21 Schmiede und Zuschläger ge-
nannt werden.

Die Textilarbeiterausperrung in Mülhausen i. Th. ist ab-
geklungen. Die große Aktion der Strickwarenfabrikanten von Mül-
hausen i. Th., die sämtliche organisierten Textilarbeiter wegen
der durch die Arbeiter einer Firma begangenen Maifeier zuerst
am 15. Mai entlassen, dann es aber nur bei einer achtstündigen
Ausperrung „bewenden lassen wollten“, hat sich nun in nichts
auflöst. Die Unternehmer haben ihre Kündigung in einer an
sämtliche Arbeiter verteilten gedruckten Erklärung zurückge-
nommen. Als ihnen Anteil am Verdienst „Genugtuung“ geben sie
darin an, daß der Petroldirektor des Textilarbeiterverbandes
das Vorgehen der Arbeiter bei der Maifeier pervertiert habe.
Die Verbandseitung der Textilarbeiter hatte übrigens nur er-
klärt, daß die freitretenden Arbeiter nicht um ihre Zustimmung dazu
nachgefragt haben, und daß sie jede Arbeitseinstellung, die ohne
die Zustimmung der Verbandseitung erfolgt, verurteilt.

Steiger und Bergarbeiter. Eine vom Steigerverband ein-
berufene öffentliche Steigerversammlung, die am 16. Mai in
Essen stattfand, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 16. Mai in Essen tagende öffentliche Gruben-
beamtenversammlung ibrigt ihr Bedauern darüber aus, daß bei
der nunmehr abgeschlossenen Beratung der Bergarbeiter in der
Kommission des Abgeordnetenverbandes die berechtigten Wünsche
der unteren und mittleren Grubenbeamten so wenig berück-
sichtigt worden sind. Sie erwarten vom Plenum des Hauses, daß
es die Wünsche der Kommission entsprechend den in der Ein-
gabe des Steigerverbandes vom 2. März ex. niedergelegten
Wünschen abändert.“

Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß das Zeugnis einer
staatlich anerkannten Bergschule zur Anerkennung der Be-
fähigung genügt, und daß dem Arbeiter das Recht ge-
nommen wird, die Befähigung ohne weiteres zu entziehen.

Nach der privatrechtlichen Seite hin wünscht die Versamm-
lung das Verbot des Prämienbittens, die Einziehung eines
Normalarbeitslohes sowie die Ausdehnung der Bestimmungen
über die Sonntagsruhe der Arbeiter auch auf die Gruben-
beamten.“

Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, wies be-
sonders darauf hin, daß, wenn die Landesregierung keine
Besserung der Verhältnisse bringe, auch die Steiger sich dem
Streben nach reichsgesetzlicher Regelung der Bergarbeiterverhältnisse
anschließen müßten.

Generalversammlung der Bergarbeiter. In der Sitzung der
Generalversammlung der Bergarbeiter vom Dienstag, 18. Mai,
hat der Verbandsvorsitzende Sasse in weitläufiger Rede den
Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt, vorgelesen. Seine Ausfüh-
rungen beschränken sich zumeist auf die Streiks, auf das Ver-
hältnis zu den gewerkschaftlichen Organisationen, sowie auf die Ent-
wicklung des Verbandes im allgemeinen. Bezüglich der Streiks
habe leider nicht allen Anforderungen nachgekommen werden
können, weil mangelhafte Organisationsverhältnisse, speziell in Nie-
derdeutschland, die Streikbewegung unmöglich machten. Das Ver-
hältnis zu den gewerkschaftlichen Organisationen, besonders zu den
christlichen, läßt manches zu wünschen übrig. Die christlichen
Organisationen haben durch unrichtige Daten bewiesen, daß sie
nicht von brüderlichem Geist befeelt sind; sie haben, wo nur
möglich, durch Verleumdungen aller Art den deutschen Verband
zu schädigen gesucht. Die Debatte über diesen Vorstandsbericht
füllte den ganzen weiteren Verhandlungstag aus.

Massenflucht von Bergarbeitern. Wegen der immer un-
trügerlicher gewordenen Arbeitsverhältnisse haben am Sonntag,
15. Mai, auf Beche „Baaler Mulde“ bei Bochum 300 Mann ge-
flüchtet.

Zur Ausperrung in der Holzindustrie Rheinland-Westfalens.
Nunmehr hat die Bewegung auch auf Bochum übergegriffen,
wobei die Unternehmer mit einer Ausnahme bisher sich ge-
schieht hatten, die Beschlüsse ihrer Führer auszuführen. Ende
dortiger Woche wurde in 7 Betrieben insgesamt 60 Gehilfen ge-

kündigt. Alle Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß die Kündi-
gungen nur ungern ausgesprochen worden sind.

Der Kampf der Metallarbeiter in Hagen i. W. ist durch das
Vorgehen der Unternehmer zu einem Kampfe um die Organi-
sation geworden. Der Arbeitgeberverband für den Regierungs-
bezirk Arnsberg hat die Sache der Hagerer Unternehmer zu der
seinigen gemacht. In der Sitzung, in der der Beschluß gefaßt
wurde, am 25. Mai, falls bis dahin der Kampf nicht beigelegt ist,
30 Prozent und dann alle acht Tage je 20 Prozent der gesamten
Metallarbeiter auszusperrten, nahm auch Dr. Tändler von der
Hauptstelle der Arbeitgeberverbände in Berlin teil.

In dem Zirkular, durch das der Bezirksverband der Arbeit-
geber seinen Mitgliedern den Ausperrungsbeschluß mitteilt,
heißt es:

„Jedenfalls beweist das einmütige Vorgehen des Hagerer Ver-
eins, daß man sich entschlossen ist, den fortgesetzten frivolen
Wühlereien der Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, so-
wie den stets zunehmenden Uebergriffen in das Selbstbestim-
mungsrecht der Arbeitgeber ein energisches, machtvolles „Geg-
entgegenzuwirken, und diesen Organisationen die Lust zu spüren
neuen unberechtigten Forderungen ein für allemal zu nehmen.“

Das Zirkular ist von dem Geschäftsführer Vollmer unterzeich-
net. Dieser hat sich schon bei der Verleumdung der Ausperrung als
ein brautragender Scharfmacher erwiesen. Bis jetzt sind An-
zeichen für Einigungsverhandlungen nicht vorhanden. Nicht nur
das Gewerbeamt als Einigungsamt haben die Unternehmer
abgelehnt, sondern auch die Vermittlung des Oberbürgermeisters
Cuno.

Eingestelltes Meineidsverfahren. Das Untersuchungsver-
fahren gegen den Betriebsführer Rüter von Beche „Borsilia“
bei Bochum wegen Meineids und Verleitung zum Meineid aus
Anlaß des Prozesses, der gegen Rüter schwelte, weil er den
Grubenbrand auf Beche „Borsilia“, bei dem 37
Menschen ihr Leben eingebüßt haben, verschuldet haben soll, ist
eingestellt worden.

Die Stellmacher in Hamburg haben wegen abgelehnter
höherer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Generallistreit? Paris, 18. Mai. Das Blatt „Patrie“
teilt mit, daß der in Paris tagende Kongreß der Marine-Ein-
gezeichneten Generalistreit verhandelt würde, wenn den aus-
ständigen Matrosen in Saint Nazaire nicht Genugtuung ge-
geben werde. Das gleiche Blatt behauptet, daß heute abend 86
Syndikate des allgemeinen Arbeiterverbandes den Ausstand mit
sofortigem Beginn verhängen würden.

Paris, 18. Mai. Heute mittag waren von den 26 400 Post-
angestellten nur noch 453 ausständig. Der Streik kann somit
als beendet gelten. — Auch heute mittag fand eine Versamm-
lung der Ausständigen statt, die aber nur von circa 300 Per-
sonen besucht war. Die Presse war ausgedehnt; inessen ver-
lautet, daß die Fortsetzung des Streiks mit Stimmenmehrheit
beschlossen worden sei. Der Generalsekretär der Baugeverks-
arbeiter erwartete das Versprechen der Unterfaltung. Die
Ausständigen hoffen noch immer, daß der Generalarbeiterver-
band den allgemeinen Ausstand proklamieren werde.

Paris, 19. Mai. Die Generalversammlung der Arbeiter hat
auf ihrem Meeting den Generalstreit mit 86 gegen 6 Stimmen
beschlossen. Gestern nachmittag versammelten sich die Führer
der sämtlichen Syndikate und lekten den Beginn des General-
streits auf heute mittag an. Man glaubt jedoch in Regierungs-
kreisen, daß der Ausstand nicht von langer Dauer sein wird und
daß sich daran nicht mehr als höchstens 5000 bis 10 000 Arbeiter
beteiligen werden.

Gerichtliches.

** Bielefeld, 18. Mai. Strafkammer. Aus der Unter-
suchungssache vorgeführt wurde der wiederholt vorbestrafte Kom-
munist Wilhelm Brinckmeyer von Bielefeld bei Halle. Der Ange-
klagte hatte im Sommer 1908 bei seinem Verwandten, dem Kauf-
mann Wahlfahrt in Wülfhorst, Aufnahme und Stellung gefunden
und hier die beste Gelegenheit, ein ordentliches Mitglied der
menschlichen Gesellschaft zu werden. Aber schon nach Verlauf
von 2 Monaten stellte sich heraus, daß von den eingehenden Post-
anweisungen betrugen im ganzen 1769,20 Mk. er an sich genommen
und das Postbuch und das Kassenbuch gestohlen hat. Das Geld
hat er mit guten Freunden durchgebracht. Nach dem Gutachten
der Sachverständigen ist er als ein geistig minderwertiger
Mensch anzusehen, der aber wohl für seine Tat strafrechtlich ver-
antwortlich gemacht werden kann. Die Strafkammer verurteilte
ihn wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis.

Der Agent Lorenz Will von Erlebach, zuletzt in Minden
wohnhaft, wegen Diebstahls, Betruges und Unterschlagung vor-
bestraft, ist seit dem Jahre 1905 für verschiedene Versicherung-
gesellschaften tätig. Er reist von Ort zu Ort und hat in den
Jahren 1905 bis 1907 in Denkhoven, Minden, Niederbessen
die Wirtin um eine Kost- und Logisgebühr in jedem Falle von
30 bis 50 Mark geprellt, indem er sich heimlich davon gemacht
hat. Weiter hat er Versicherungsscheine gefälscht und zwar in
der Absicht, auf diese Urträge die Provision einzufordern. Fern-
er ist noch ein Wechsel über 280 Mk. und ein Revers von ihm
gefälscht worden. Dann hat er der Internationalen Versiche-
rungsgesellschaft und der Westdeutschen Versicherungsgesellschaft
in Köln 7 Mk., 13 Mk., 8,50 Mk. und 16 Mk. veruntreut. Der
Gerichtshof erklärte gegen ihn wegen Betruges in 4 Fällen,
wegen qualifizierter Urkundenfälschung in 6 Fällen und zwar
in 5 Fällen in Tateinheit mit Betrug und wegen fortgesetzter
Untreue in 2 Fällen auf 7 Monate Gefängnis.

Wegen wissentlich falscher Denunziation hatte sich der Ant-
scher Johann Küster von Elberfeld zu verantworten. Er hat
zuletzt eine Gesamtstrafe von 1 Jahre und 4 Monaten Gefäng-
nis zu verbüßen und befindet sich seit dem 15. Dezember v. J.
auf Strafkammer in Auenwedde, wo er mit Erdarbeiten be-
schäftigt worden ist. Als er im Gerichtshof Gefängnis zu Gütersloh
eine Disziplinartat abzumachen hatte, hat er durch seine An-
gaben die Gefängnisbeamten beschuldigt, daß sie ihn unmenslich
behandelt und sogar mißhandelt hätten. Die Beweisaufnahme
ergab, daß der Angeklagte alles erdichtet hatte und er erhielt
für diese falsche Denunziation 6 Monate Gefängnis.

Lechte Nachrichten.

Konkurs eines Vorstandsvereins. Berlin, 18. Mai. Von
einer schweren finanziellen Katastrophe ist Köpenick heimge-
sucht worden. Ueber den Köpenicker Vorstandsverein ist am Sonn-
abend 11 Uhr der Konkurs verhängt worden. Es ist insgesamt
780 000 Mark in Spargelbtern bei dem Verein angelegt und
war meistens von Geschäftsleuten aus Köpenick und Adlers-
hof. Die Folgen dieses Konkurses sind vorläufig unberechenbar.
Es scheint, daß die Spargelbter zum größten Teil verloren sein
werden. Die Verwaltung des Vorstandsvereins erklärte, daß die
Verluste dadurch entstanden sind, daß sie sehr viel Vagabunden
und Hypotheken gegeben hat, die sie zum erheblichen Teil bei Sub-
stanten verlieren mußte. Ihrer Meinung nach werden die
Sparger von ihren Einlagen nichts verlieren.

Lübeck, 19. Mai. Auf dem Gute Wensin bei Segeberg ging
gestern ein geplanter Ballon mit anhängendem Trapes nieder.
Der Luftschiffer ist im Sturm vermutlich verunglückt. Ueber
die Herkunft des Ballons konnte noch nichts ermittelt werden.

London, 19. Mai. Im Unterhause kündigte ein Abgeordneter
eine Intervention an, ob es der Regierung bekannt sei, daß in
London 60 000 Deutsche leben, die vollständig energiegelad
wären und in einem Gewebe 60 000 Gewehre mit je 7 Patronen auf-
bewahrt halten.

Newyork, 19. Mai. Petrusinos bester Freund Buccio wurde
von der Schwarzen Hand erschossen, die alle Freunde des Detek-
tivs zu ermorden droht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Wülfhorst, beide in Bielefeld.

Leinene Kostüme und Kostümröcke

in prachtvoller Ausführung, aus den besten Stoffen gearbeitet, bieten wir bis zu einem Drittel des früheren Preises an:

Kostümröcke Wert bis 26 Mk.

Einheitspreis 6⁰⁰ M

Kostüme Serie I Wert bis 38 Mk.

Einheitspreis 15⁰⁰ M

Kostüme Serie II Wert bis 66 Mk.

Einheitspreis 20⁰⁰ M

Sehen Sie Fenster Nr. 1.

Harms & Co., am Jahnplatz.

Strohhut „Volksfreund“ 75

In der Welt voran.



Bernhard neuester Filzhut

Bülow-Mütze in allen Farben.

Letzte Neuheiten.

Stroh-Hüte!

Riesen-Auswahl in allen Preislagen.

Nur Bielefelder Hut-Bazar Nur

Inhaber: Richard Bingmann

27 Bahnhofstrasse 27.

Mitteilung:

Den geehrten Einwohnern von Brackwede und Umgebung zur Kenntnisnahme, dass ich mein

Kolonialwaren-Geschäft

wie früher, nach fünfjähriger Tätigkeit als Lagerhalter des Bielefelder Consum-Vereins, wieder weiterführen werde. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Ware zu mässigen Preisen zu führen und bitte, das mir geschenkte Vertrauen auch jetzt wieder entgegen zu bringen.

Hochachtungsvoll

Gustav Tönsmann, Brackwede
Gütersloherstr. Nr. 182.

Rechnungs-Formulare

liefert prompt in sauberer Ausführung. Buchdruckerei „Volkswacht“.



Dieser Anzug

aus la. Kammgarn oder Cheviot in kleidsamen schmalen Streifen od. kleinen Karos, in allen Modenfarben vorrätig, auf Hochhaar gearbeitet, von Maßarbeit kaum zu unterscheiden.

kostet nur 33 Mk.

Spanier,
Niedernstr. 8.



Ein weiser Rat!

Uhren u. Goldsachen sollten Sie nie bei einem Pfänder, sondern beim Uhrmacher **H. Siekmann, Kaiserstr. 165** neben der Elmaße kaufen und reparieren lassen.

Soeben erschien:

Simplicissimus

Nr. 7.

Buchhandlung „Volkswacht“.



Nähmaschinen u. Fahrräder

2168^{er} aller Systeme.

Unterliegt in mod. Maschinenstickerei. Kein Laden, nur Lager, daher billigste Lieferung.

Teilzahlung gestattet.

Heinr. Tubbesing,
Bielefeld, Schlentrupweg 11.

Dallie Seifenpulver

das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Steinstr. 3-5, Bahnhofstr. 19.

Lampendol

9382

XEM

Samml. Haushalt- u. Geschenkartikel

Spanierhüte 45, 98

Spanierhüte 20, 42, 60

Spanierhüte 5, 10, 15, 20

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

Spanierhüte 1, 98

20000 Rollen Tapeten.

2756 Zurückgesetzte

Muster und Reste
spottbillig.

Hager & Schweikher,
Oberntorwall 7.

Den General-Vertrieb für den Stadt- und Landkreis Bielefeld und den Kreis Halle i. W. unseres alkoholfreien Getränkes:

Pastor Felkes Corri

haben wir der Firma

Johann Rosen

Bielefeld

Kaiser Wilhelmplatz 9 Fernsprecher 1664

übertragen.

Günther & Co., Detmold,
Fabrik alkoholfreier Getränke.

Alleinige Fabrikanten für alle Länder von Pastor Felkes Corri-Substanz zur Herstellung der Pastor Felkes alkoholfreien Corri-Getränke.

Pastor Felkes Corri

feinstes alkoholfreies Getränk.

Von ersten Nahrungs-Chemikern glänzend begutachtet. Von Naturheilkundigen wie von Aerzten bestens empfohlen.

Pastor Felkes Corri ist das gesündeste, wohl-schmeckendste alkoholfreie Getränk.

Jede Corri-Flasche trägt das Original-Etikett mit Bild und Namen des **Pastor Felke.**

2822



Geben Sie einem RIEGEL

vor

allen anderen Likören

den Vorzug!

BESTER BITTER-LIKÖR

von Ärzten empfohlen

Original-Mischung: kräftig

Tropen-Mischung: milde wenig Alkohol

In besseren Geschäften u. Restaurants zu haben.

CHEM. PHARM. LABORATORIUM

APOTHEKER

SCHLÜTER & CO. BIELEFELD

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten

stets größte Auswahl

Buchhandlung „Volkswacht“.



Dieser Anzug

aus la. reinwollenem Cheviot,

mit feiner Weimung n

brauchte.

„Wir dachten uns so

hängt,“ warf Hüller ein

verloren... Nebrigen

aus der Kneipe zu neh

Hüller lachte. „Vor

Daß sie sich gerade an

hätte ich doch nicht geg

verfehen, und das reiz

Sammet und Seide w

behalten und dann

„Dann wird sie sich

fo weiter,“ fiel Trolla

kostet nur 39 Mk.

Spanier,
Niedernstr. 8.

Nr. 115.

Fünfter allg. Frankenk

(Unber. Nachr.)

Unter Beteiligung

denen Krankenkassen-D

gemeine Kongress der

Zeile von Hoppoldts

Die Beteiligung ist so

ist, alle Teilnehmer zu

Arten der Krankenkass

Nichtungen der Arbeit

Gewerkschaften Deut

lichen Gewerkschaften,

u. a. Zum ersten Mal

vertreten. Der Vor

Krankenkassenwesen,

Jammlung mit einer V

lebhaften Bedauern i

letzten Krankenkassen

berücksichtigt worden

so enorme Entwicklung

auf das Konto der

sehen, sondern nicht

politische Verständnis

neue Vorlage enthalte

wie sie nicht verm

Stellung nehmen. Wi

Wir wollen eine ein

fall.) Der Vor

sekreträrs des Reichs

mann-Vollweg, der für

hundert zu sein, selbst

Vertretung Ministeria

und Geh. Regierungs

Präsidenten des Reichs

rat Seifert mit i

werbe-Deputation des

ten Magistratsrat Dr.

Berlins Prof. Dr. C

Delegierte aus D

tion der Gewerkschaft

Legien und Döbli

christlichen Gewerksch

Behrens, Weder

einer Reihe sozialdem

der bürgerlichen Parte

Begrüßung Ministeria

des Innern: Mein S

Reichsamt des Inner

bat auf die Einladung

lassenweisen zum heu

sendet, wie er es ich

treter der Landesver

Wird dies in gleich

genossenschaftlich zu

gierungsvorlage Stell

vertreter wird es sein,

nichten in der Versam

Herrn Minister Verich

natürlich auch eine W

ich, zur Klärung beitr

gelen Fragen das W

ich muß dabei große

zu hören, was Sie wü

auf die Vorlage selbst

möchte ich erwähnen,

Eröffnungsrede berühr

Abicht des Entwurfs

erhalten bleiben soll.

(Zugeben, daß aus der

Ich werde mit Inter

das Reichsamt des

nehmen. — Namens

den Kongress Reichs

Gewerksvereine find

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 115.

Bielefeld, Mittwoch, 19. Mai 1909.

20. Jahrg.

Fünfter allgemeiner Kongress der Krankenkassen Deutschlands.

(Unber. Nachdr. verb.) Hg. Berlin, 17. Mai.

Unter Beteiligung von etwa 1800 Delegierten der verschiedenen Krankenkassen-Organisationen wurde heute der fünfte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands im großen Saale von Hoppoldts Brauerei in der Hagenheide eröffnet. Die Beteiligung ist so stark, daß der große Saal nicht imstande ist, alle Teilnehmer zu fassen. Vertreten sind die verschiedensten Arten der Krankenkassenorganisationen, ebenso die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung, die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften u. a. Zum ersten Male ist auch das Reichsamt des Innern vertreten. Der Vorsitzende der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Simanowski, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er erklärte, daß er mit lebhaftem Bedauern feststellen müsse, daß viele Wünsche des letzten Krankenkassen-Kongresses bei der Regierungsvorlage nicht berücksichtigt worden sind. Wenn die Krankenkassenversicherung eine so enorme Entwicklung genommen habe, so sei dies nicht allein auf das Konto der Regierung und der Aufsichtsbehörden zu setzen, sondern nicht zum wenigsten auf das unrichtige, sozialpolitische Verhältnis der großen Krankenkassenverbände. Die neue Vorlage enthalte Einräumungen der Selbstverwaltung, die sie nie nicht vermocht hätten. Der Kongress soll ja hierzu Stellung nehmen. Wir wollen keine veränderte Bureaucratie, wir wollen eine einfache Selbstverwaltung. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende verliest dann ein Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, der für die Einladung dankt und bedauert, verhindert zu sein, selbst teilzunehmen. Er habe jedoch mit seiner Vertretung Ministerialdirektor Geh. Regierungsrat Kasper und Geh. Regierungsrat Dr. Biedfeld beauftragt. Der Präsident des Reichsversicherungsamts hat den Geh. Regierungsrat Seifert mit seiner Vertretung beauftragt. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats von Berlin hat den Regenern Magistrate Dr. Meyer delegiert, das Statistische Amt Berlin Prof. Dr. Silbergleit. Erschienen sind auch Delegierte aus Österreich und Ungarn. Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Reichsabsatzg. Schiffer, Behrens, Weder und Biedfeld. Anwesend sind außer einer Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter auch Mitglieder der bürgerlichen Parteien. — Es nahm dann das Wort zur Begrüßung Ministerialdirektor Dr. Kasper vom Reichsamt des Innern: Mein Herr Chef, der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, hat auf die Einladung der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen zum heutigen Krankenkassenkongress Vertreter entsendet, wie er es schon vor einigen Tagen getan hat, als Vertreter der Landesversicherungsanstalten versammelt waren. Er wird dies in gleicher Weise tun, wenn Vertreter der Berufsvereinigungen ankommen werden, um ebenfalls zur Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Aufgabe der Regierungsvorlage wird es sein, in erster Reihe anzugehen, welche Anträge in der Versammlung zutage treten, und darüber dem Herrn Minister Bericht zu geben. Diese Berichterstatterung muß natürlich auch eine Würdigung erhalten. Es wird daher, glaube ich, zur Klärung beitragen, wenn ich auch meinerseits zu einzelnen Fragen das Wort ergreife. (Lebhafter Beifall.) Aber ich muß dabei große Zurückhaltung üben, denn der Zweck ist ja, auf die Vorlage selbst einzugehen. Aber nun einen Hauptpunkt möchte ich erwähnen, weil der Herr Vorsitzende ihn in seiner Eröffnungsrede berührt hat. Ich muß erklären, daß nach der Absicht des Entwurfs die Selbstverwaltung der Krankenkassen erhalten bleiben soll. (Lebhafter Beifall.) Ich kann daher nicht zugeben, daß aus der Vorlage das Gegenteil herausgelesen wird. Ich werde mit Interesse ihren Verhandlungen folgen und für das Reichsamt des Innern von ihren Wünschen Kenntnis nehmen. — Namens der österreichischen Delegierten begrüßt den Kongress Reichsabsatzg. Ederich. Die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften sind durch Arbeitersekretär Erkelenz, die

Freiinnige Vereinigung durch Reichsabsatzg. Neumann-Hofer, die sozialdemokratische Reichsabsatzg. durch die Reichsabsatzg. Stadthagen, Hoch und Robert Müller vertreten. In Vertretung der Versammlung wurden gewählt Simanowski-Berlin, Frähdorf-Dresden, Giesberg-München-Gladbach, Dr. v. Schulz-Berlin, Blume-Damburg.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Krankenkassenversicherung.

Rechtsanwalt Mayer-Frankenthal i. Th. gab einen allgemeinen Überblick über die Vorlage einer neuen Reichsversicherungs-Ordnung. Die soziale Versicherung sei einer der wichtigsten Bestandteile des nationalen Lebens unseres Volkes und der Grundpfeiler der gesamten Volksgesundheitspflege in reicher und natürlicher Entwicklung geworden. Wenn auch der Entwurf als Gesamtwerk einen Fortschritt für die soziale Versicherung darstelle, so genüge er nicht den berechtigten, die Interessen aller Beteiligten und Finanzkraft des deutschen Volkes vorzüglich abzuwägen Forderungen an eine wahrhaft fortschrittliche und freiheitliche Selbstverwaltung auf sozialpolitischem Gebiet. Die zur Annäherung der einzelnen Versicherungsarten unter einander geplante einheitliche Gestaltung der Versicherungsbehörde mit dem Versicherungsamt als örtlichen Unterbau und örtliche Unterinstanz kann abgelehnt von vielen Einzelheiten nur dann als eine glückliche Lösung des Problems betrachtet werden, wenn als die Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber durch ein einfaches und unmittelbares Wahlverfahren gewählt werden und ihre Mitwirkung ausnahmslos auf das ganze Gebiet des Aufsichtsbezirks, Spruch- und Schiedsverfahrens erstreckt wird, b) die Zuständigkeit der Landeszentralbehörde möglichst ausgeglichen wird, c) die Kosten für die Versicherungsbehörde vom Reich, den Einzelstaaten und Gemeinden getragen werden.

Die soziale Versicherung dürfe weder zum Kampffeld politischer Parteien, noch zum Kampf gegen eine politische Partei herabgewürdigt werden. (Lebhafter Zustimmung.) Bei der Ausarbeitung von Vorstandsmitgliedern müssen politische und religiöse Gründe ausgeschlossen werden. Die vom vorigen Kongress geforderte Ausdehnung der Versicherungspflicht auf ein Jahreseinkommen von 5000 Mark halte er für zu weitgehend und unter den gegenwärtigen Verhältnissen für undurchführbar. Er sei dagegen für eine Ausdehnung von 2000 auf 3000 Mark. Die Versicherungsbehörde ist in Anordnung des Bundesrats habe kaum eine praktische Bedeutung. Da die unteren selbständigen Mittelschichten (Kleingewerbetreibende, Kleinhandwerker und kleine Landwirte) der Krankenversicherung bedürfen, so müsse die Versicherungskraft Gesetz auf Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, die nicht regelmäßig wenigstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, ausgedehnt werden. Der Versuch der Reichsversicherungsordnung auf örtliche Zusammenfassung der Krankenkassen sei nur ungenügend. Eine einheitliche Reichsversicherungsfähigkeit Träger der Krankenversicherung ist unbedenklich. Die Scheidung zwischen Orts- und Landeskrankenkasse sei zu billigen.

Weiter wendet sich Referent N.-A. Mayer gegen die Innungs- und Betriebskrankenkassen. Auf keinen Fall dürften neue Klassen entstehen. Man müsse mindestens verlangen, daß derartige Klassen nur gebildet werden, wenn sie eine Mindestzahl von 1000 Mitgliedern haben. Die Gestaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen in dem Entwurf atme überall den Geist des Minderheits- und bureaukratischer Polizeiaufsicht. Es treffe da das Wort zu, das Bürgermeister Reiche bei der Stadteier in der Rede vor dem Kaiser gebraucht: „Der Geist der Bureaukratie geht mehr und mehr um“. (Sehr richtig!) Man wolle hier einen Kampf gegen eine bestimmte Partei führen; die Krankenkassen seien aber weder dazu als Kampffeld für eine Partei noch als Mittel zur Bekämpfung einer Partei zu dienen. (Lebhafter Zustimmung.) Man müsse doch anerkennen, daß gerade auf die Teilnahme der organisierten Arbeiterschaft der Fortschritt der Krankenkassenwesen zurückzuführen sei. Nicht die Lohnfrage und Beitragsfrage sei entscheidend, sondern das Interesse der Beteiligten an der Institution. Die Versicherten haben ein weitestgehendes Interesse an der Versicherung als der Arbeitgeber, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse man unbedingt zu einem Übergewicht der Versicherten kommen. Die Selbstverwaltung habe die Volkstümlichkeit der Versicherung herbeigeführt. Der Entwurf setze sich über das geschichtlich Gewordene hinweg. Wenn man von

Mißbräuchen in der Anstellung von Beamten spreche, dürfe man auch nicht die Mißbräuche im Aufsichtsrecht und die von Unternehmern zugunsten der Betriebskassen vertrieben. Die Einführung der Verhältniswahl genüge vollkommen, um zu verhindern, daß eine einzige Partei das Übergewicht habe. Unverständlich sei die differenzierte Behandlung der Land- und Ortskrankenkassen. Hier wolle man die sozialpolitische Rückständigkeit der Landkassen bereinigen. Zum Schluß wendet sich Redner dagegen, daß man den lebenslänglich angestellten Kassenbeamten die Rechte und Pflichten der unmittelbaren Staats- und Gemeindebeamten aufbürden wolle. Wobin das führen würde, zeige die jüngste Tragödie in der Selbstverwaltung Preußens im Fall Schilling. (Lebhafter Beifall.)

Sodann behandelte der zweite Redner Frähdorf-Dresden, Vorsitzender des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, das Verhältnis von Ärzten und Krankenkassen. Im Interesse der Erhaltung des Friedens zwischen Kassen und Ärzten fordert er u. a. a) daß den ärztlichen Ehrenrechten alle Fragen wirtschaftlicher Natur unbedingt entzogen werden, b) daß es als unstatthaft erklärt werde, in wirtschaftlichen Fragen ein Ehrenwort zu fordern oder zu geben, c) daß Maßnahmen getroffen werden, die allen Ärzten eine völlig objektive Rechtsprechung in ehrengerichtlichen Fragen sichern, d) daß Ärzte, die für Kassen bisher tätig waren, verpflichtet sind, gegen Zahlung der Mindestsätze der ärztlichen Gebührenordnung auch in Streitfällen Kassenmitglieder und ihre Angehörige zu behandeln. Ärzte, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sollen hierzu durch Geldstrafen angehalten werden. Auch muß im Wiederholungsfall oder wenn die Weigerung bei Schwerkranken erfolgt, die Entziehung der Approbation ausgesprochen werden, e) die für die Vorlage vorgesehene Beschränkung des Zahnarztdienstes auf approbierte Zahnärzte ist wegen gerechtfertigt noch durchführbar. In Bezug auf das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Apothekern fordert Redner: Es muß den Kassen überlassen bleiben, zwecks Erlangung günstiger Bezugsbedingungen für Heilmittel bestimmte Apotheken vorzuschreiben. Die dem freien Verkehr überlassenen Heilmittel müssen auch anderweitig bezogen werden können. Die Bestimmung im § 436 der Vorlage, wonach alle Apotheker zugelassen werden müssen, die sich bereit erklären, zu gleichen Bedingungen zu liefern, ist mit Rücksicht auf die Interessen der Kassen unannehmbar. Sie nimmt den Krankenkassen die Möglichkeit, auf entsprechende Rabattgewährung zu dringen und den Apothekern den Anreiz, solche zu bieten.

Frähdorf bestreitet weiter, daß die Krankenkassen Gegner des Arztstandes seien, wohl aber gebe es viele Ärzte, die Gegner der Krankenkassen seien. Die Kassen seien nicht dagegen, daß die Ärzte eine ihrer Ausbildung und sozialen Stellung entsprechende Honorierung erhalten; in Wirklichkeit seien ja auch die ärztlichen Honorare in den letzten Jahren ganz wesentlich gestiegen, höher als die Leistungen für die Kranken. Vielfach hätten die Kranken zugunsten des Arztstandes auf Erhöhung der Leistungen verzichtet müssen. Die freie Arztwahl würde die Verwaltung ganz erheblich verteuern. Der einzelne Arzt habe auch nichts von der freien Arztwahl, da auf ihn nur ein ganz geringer Betrag komme. Infolgedessen hätten die Ärzte auch kein Interesse für die Krankenkassen und seien auch leicht bereit, in einen Streit einzutreten. (Lebhafter Zustimmung.)

Im dritten Teile sprach Albert Kohn, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin, der folgende Resolution befürwortete:

„Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthofen, unständigen Beschäftigten, auf die im Wandergewerbe beschäftigten Personen und Hausgewerbetreibende ist freudig zu begrüßen. Die darauf bezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung entsprechen jedoch in keiner Weise den Ansprüchen, welche an eine ausreichende und angemessene Krankenkassenversicherung gestellt werden müssen. Die Gewähr, welche für eine hinreichende Pflege der Erkrankten in der häuslichen Gemeinschaft der Dienstberechtigten gegeben ist, ist so gering, daß keinerlei Veranlassung vorliegt, die Rechte dieser Versicherten entgegen denjenigen der übrigen Versicherten irgendwie zu beschränken. Die Bildung von Landeskrankenkassen führt eine weitere Zersplitterung der Kassen herbei und macht, wie der Ausbau dieser Organisation gedacht ist, die Selbstverwaltung illusorisch. Es kann keine Notwendigkeit anerkannt werden, auch in dieser Hinsicht die Rechte irgendeiner

Wissenheit von irgend jemand hatte aufzuheben lassen, und deren Kurs nun plötzlich so sehr gefallen war, daß sie froh sein mußte, sie fünfzig Prozent unter dem Kaufwerte loszuschlagen zu können. „Duplizität der Ereignisse“, dachte Trolle, der über diesen neuen Streich des Schicksals am liebsten laut aufgelaßt hätte, wenn ihm nicht so verteuert ernst zumute gewesen wäre. Das dritte Wort, das er zwischen den Zeilen las, hieß „einschränken“. Und so stellte er sich mit einem Anflug von Galgenhumor vor den großen Spiegel, machte eine Verbeugung vor sich selber und sagte mit graulichem Lächeln: „Gratuliere Ihnen zu Ihrer Zukunft, Herr Trolle. Der arme Referendar ist fertig.“

Der einzige Trost im Augenblick war ihm, daß die Mutter von Arturs entsetzlicher Bedrängnis wirklich noch nicht die geringste Ahnung zu haben schien. Das hätte auch gerade noch gefehlt! So, der Bruder hatte recht: lieber den bunten Rod ausziehen, als ihr in dieser Lage mit dem Gendarmen „aut-aut“ zu kommen. Gewiß, sie sowohl wie Franzosen hätten ihr Leides hingesehen, um Artur die Karriere offen zu halten, aber diese Großmut wäre auf Kosten der eigenen Existenz erkauft worden, vielleicht durch das Zertrümmern von Französisch begonnener Glücke. Nein, davon konnte und durfte nicht die Rede sein.

Einige Augenblicke dachte er auch an den Bruder seiner Mutter, der gewiß auch zwei- bis dreitausend Mark hergeben hätte. Dann hätte aber Franzosen wieder nichts von ihm zu erwarten gehabt und die „Familienbrüche“ wäre fertig gewesen. Denn Onkel Heinrich konnte niemals den Mund halten und hätte die Angewohnheit, in Briefen an die Regierungsräte auf den selben „alten Kohl“ immer wieder zurückzukommen. Ueberhaupt war er auf Arturs Extravaganzen nicht gut zu sprechen, da diese sein „demokratisches Gefühl“ verletzten, wie er zu jenen pflegte. So blieb also nur ein Ausweg, und dieser Ausweg ging durch die Tür ins Nebenzimmer.

Trolle gehörte zu jenen willensstarken Menschen, die Gindelnisse nicht kennen, sobald es sich um große Dinge handelt, die für ein ganzes Leben entscheidend sein können. Er wollte die Sache so zermürbelt als möglich beginnen, und so klingelte er nach Guite und ließ sich für Frau Dantelberg auf einige Minuten im „Wohnzimmer“ anmelden.

„Bitte, Herr Referendar, ich stehe zu Ihrer Verfügung“, hörte er bald darauf Frau Dantelberg selbst sagen, die nach einem Klopfen die Nebentür geöffnet hatte und ihn einladend, näherzutreten.

War es Zufall oder Absicht, daß Fräulein Emmy bei seinem Eintritt am Wädicke saß und so tat, als wollte sie gegen die Verbreitung schon am Vormittage die „zweibändige“ Uebung vornehmen? Er wußte es nicht, war auch zu aufgeregt, sich diese Frage im Augenblick zu beantworten.

Frau Dantelberg gab ihr einen Wink zu geben, Trolle jedoch, dem plötzlich der Gedanke durch den Kopf schoß, sie könnte ihm nichtig sein, bat sofort, sich nicht stören zu lassen, wenn es sei durchaus kein Geheimnis, das er zu behandeln habe.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

„Hiller lachte laut auf, daß es durch das Zimmer schallte. „Die Juristen werden Spitzel“, rief er aus. „Wenn dir später bei deinen Prozessen die Hilfe nicht von oben kommt, dann weiß ich nicht... Das ist er doch?“ sagte er dann, nachdem er an den Schreibtisch getreten war und die Photographie Arturs in die Hand genommen hatte, der in Uniform und Mantel, den Helm in der Hand, dargelagert war. Felix hatte das Bild von der Weihnachtsfeier mitgebracht, es in einen schönen Rahmen getan und hier aufgestellt.“

Und als er gemerkt hatte, fuhr Hiller fort: „Dann sieh dir einmal dieses frische, lebenslustige Kerlchen an und frage dich, ob es nicht eine Sünde wäre, geradezu ein Verbrechen an der Blutsverwandtschaft, ihn fallen zu lassen.“

„Wer wie ihn retten?“ fragte Trolle auf.

„Nach dir nur erst fertig. Beim Schoppen kommen in der Regel die besten Einfälle“, sagte Hiller wieder, der sich freute, die richtige Taktik eingeschlagen zu haben.

Trolle, der das Bedürfnis hatte, aus den vier Wänden zu kommen, stimmte zu und warf sich eilig in seinen Strahenanzug. Während dessen unterhielt ihn Hiller über Kramer und Frida, was ihn um so mehr interessierte, als er den ersten seit längerer Zeit nicht gesehen hatte, und die Thüringerin im Lichtenhauser nicht mehr zu finden war. Seitdem Kramer zu ihr in Beziehungen getreten war, hatte er es für besser befunden, sie zur Aufgabe ihrer Stellung bei Klippel zu bewegen, und so band sie denn jetzt ihre Geschäftschürze in einem anderen Restaurant vor, wo Kramer sicher war, nicht so bekannt zu sein, wie im Lichtenhauser.

„Nache für den Abfall bei Felix“, sagte Trolle lachend, der trotz seiner heitern Stimmung wiedergedenken hatte und nun mit seiner Meinung nicht mehr hinter dem Berge zu halten brauchte.

„Wir dachten uns schon längst, daß die Sache so zusammenhängt“, warf Hiller ein. „Jedenfalls hast du nicht viel an ihr verloren... Uebrigens soll Kramer die Absicht haben, sie ganz aus der Kneipe zu nehmen...“

„Vielleicht heiratet er sie gar.“

Hiller lachte. „Vorübergehend — das kann schon möglich sein. Daß sie sich gerade an diesen kleinen Elefanten hängen würde, hätte ich doch nicht geglaubt. Aber er ist mit reichlichen Mitteln versehen, und das reizt ja derartige Wesen. Er wird sie in Sammet und Seide wickeln, sie allmählich zur Demimondaine heranbilden und dann zur richtigen Zeit abknappen.“

„Dann wird sie sich einen anderen nehmen und so weiter, und so weiter“, fiel Trolle ein, der nun zum Ausgehen gerüstet war.

Deswegen tut sie mir gerade leid. Wenn sie sich gehalten hätte, so würde sich vielleicht immer noch jemand gefunden haben, der sie zur anständigen Frau gemacht hätte.“

„Laissez faire et laissez passer“, sagte Hiller abwehrend. „Trösten wir uns damit.“ Woblich zeigte er eine nachdenkliche Miene und rief dann aus: „Sör mal — eine Idee. Wenn einer dir beibringen könnte, so war es Kramer. Ich meine in Sachen meines Bruders. Ich glaube, er hat die nötigen Beziehungen.“

Trolle war gerade dabei, seinem Gute mit der Kleiderbürste die nötigen Striche zu geben, als er entrüstet antwortete. „Niemand, niemals!“ sagte er mit großer Bestimmtheit.

Hiller wollte noch nicht locker lassen. „Eure kleinen Reibereien wären doch wirklich kein Hindernis. Im Grunde genommen ist er kein schlechter Kerl.“

„Nein, nein, ich bitte dich, laß diesen Gedanken fallen“, wandte Trolle wieder ein.

„Er könnte dir doch wenigstens die nötigen Winke geben“, fuhr Hiller fort. „Irrt ich mich nicht, so sprich er neulich von einem Geliebten, den er irgendwo persönlich kennen gelernt habe und bei dem man keine großen Schwierigkeiten habe. Edelberg war auch noch dabei... Wie hieß doch dieser Kerl eigentlich...?“

„Ich komme wirklich nicht darauf.“

Sie befanden sich draußen auf dem Platz, und Trolle verschloß die Augen, als Hiller, der einen Blick auf das Türschild nebenan geworfen hatte, unterdrückt ausrief: „Dantelberg heißt er. Mensch, du wohnst doch nicht etwa bei ihm?“

Trolle war so überrascht, daß er nicht wußte, ob er ja oder nein sagen sollte. Dann hielt er es für besser, diese Vermutung von sich zu weisen. „Nein, es ist nicht derselbe“, erwiderte er gefachelt. „Eine harmlose Familie.“

„Das ist recht schade“, sagte Hiller, während sie die Treppe hinabstiegen. „Sonst hättest du es sehr leicht gehabt, dich gleich direkt an die Quelle zu wenden... Als den Chambregarnisten hätte man dich jedenfalls bevorzugt“, fügte er lachend hinzu.

Trolle erwiderte nichts, aber in diesem Augenblick begann ein Entschluß in ihm zu reifen, den er wohlweislich dem Freunde verschwiegen.

IX.

Der Frühschoppen ging vorüber, ohne daß man einen Ausweg gefunden hätte. Das lag daran, daß Trolle am wenigsten von der Sache sprach. Seine Gedanken hatten bereits eine bestimmte Richtung genommen und sich wie eine feste Idee in ihm festgesetzt, die er nicht mehr los wurde. Dem Bruder hatte er zur Verhütung einige Worte deponiert und so konnte er einstweilen mit Besonnenheit seinen Plan entwerfen.

Am anderen Morgen kam abermals ein Brief Arturs, der einen herzlichen Dank für die Ermunterung enthielt, im allgemeinen aber nur eine Nachsteuerung des ersten Schreibens war. Auch die Mutter schrieb, aber was sie ihm mitteilen wollte, war nichts Neues. Sie hatte einen Teil des kleinen Kapitals in zweifelhaften Industriefabriken angelegt, die sie sich in ihrer Un-

